Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 97. Donnerstag, den 25. April 1912. 19. Jahrg.

Der 1. Mai 1912.

Die Maifeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft. Um so größer ist das Interesse der Arbeiter an ihrem Feiertag.

In Übereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine **Arbeitsruhe als die würdigste Form** der Feier. Es ist daher Pflicht der Arbeiter und Arbeiterorganisationen, neben den andern Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Rüstet zum Maifest! Hoch der 1. Mai!

Hierzu eine Beilage.

Von der Militärvorlage.

Ein früherer Offizier schreibt uns:

Es ist sehr charakteristisch, daß bei den deutschen Militär-Vorlagen ein sehr wichtiger Faktor sowohl von der Reichsleitung als auch von den Militärfrommen mit Stillschweigen übergangen wird. Diesen Faktor bildet die Tatsache, daß die Bevölkerungszahl Frankreichs seit 40 Jahren stillsteht, während jene des Reiches um 26 Millionen zugenommen hat. Daß die Wehrkraft Frankreichs der Wehrkraft des Deutschen Reiches in Wirklichkeit auch nur annähernd gleichkommt, ist unter solchen Umständen eine Unmöglichkeit. Die deutschen Chauvinisten dichten allerdings aus naheliegenden Gründen der französischen Armee eine Kriegsstärke an, die die deutsche sogar übertrifft. Sie wird z. B. auf 4 372 000 Mann angegeben, während die deutsche nur 4 350 000 Mann aufweisen soll. Die Kriegsstärke Frankreichs würde demnach elf Prozent seiner Einwohnerzahl betragen. Einen solchen Prozentsatz von kriegstauglichen Männern bringt aber selbst ein von der Kultur nur wenig belecktes Volk nur mit großer Anstrengung auf. Wenn Frankreich 11 Prozent marschieren lassen wollte, dann würden von seinen Soldaten sehr bald 2 bis 3 Prozent krank sein. Was aber den Versuch, der deutschen Armee nur eine Kriegsstärke von 4 350 000 Mann zuzuerkennen, anbelangt, so ist zu bemerken, daß man hier selbst bei einer sehr pessimistischen Berechnung der Kriegsstärke zu dem Resultat von 4 700 000 Mann gelangt. Und zwar kommen dabei nur wirklich kriegstaugliche Männer in Betracht.

Das Faktum, daß die Militärverwaltung trotz des Stillstandes der Einwohnerzahl Frankreichs und des stetigen Wachstums der Bevölkerungszahl des Reiches eine Militärvorlage der andern folgen läßt, zwingt uns zu einer kleinen Nebenbetrachtung. Frankreich zählte 1870 37 Millionen Einwohner, und trotz des Frankfurter Friedens blieb ihm ein Flächeninhalt von 536 408 Quadratkilometern. An Flächenraum ist es somit nur wenig kleiner als das Deutsche Reich, das 540 684 Quadratkilometer mißt, und wäre daher imstande, ebensoviel Menschen zu ernähren wie die Mutter Germania. Durch seine größere Fruchtbarkeit würde es das Geschäft sogar besser besorgen. Da das Deutsche Reich im Jahre 1870 40 Millionen Einwohner aufwies, so würden jetzt in Frankreich ohne die Vorliebe der Franzosen für das Zweikindersystem ungefähr 64 Millionen Menschen vorhanden sein.

Aus den vielen deutschen Militärvorlagen kann man ersehen, daß der Reichsleitung und der Militärverwaltung schon die 38 Millionen Franzosen, die jenseits der Vogesen sitzen, sehr imponieren. Ja, was fingen sie erst an, wenn es 64 Millionen wären? Würde dann die deutsche Präsenzstärke schon auf 800 000 Mann angeschwollen sein? Und wäre sie mit Offizieren, Unteroffizieren, Ärzten und Beamten schon zirka 1 330 000 Köpfe stark? Wäre dann das deutsche Volk mit Steuern unerträglich belastet?

Auf diese Fragen möchten wir so gern eine Antwort von kompetenter Seite erhalten, aber wir fürchten, daß wir vergeblich warten werden. Man sagt uns immer, der deutsche Soldat sei der beste der Welt, man sagt uns immer, der deutsche Generalstab habe nicht seinesgleichen auf Erden, die deutschen Generale, die deutschen Offiziere seien äußerst tüchtig. Vergleicht man aber die deutschen Militärvorlagen mit den Einwohnerzahlen Frankreichs und des Deutschen Reiches, so könnte man glauben, daß Frankreich uns in allen diesen Dingen weit überlegen sei.

Der Krieg mit zwei Fronten ändert daran auch nichts, denn gegen ihn haben wir das Bündnis mit Österreich-Ungarn. Und wenn Italien seine feierlich übernommenen Bündnispflichten erfüllt, so kann Frankreich nicht einmal seine ganze Armee gegen das Deutsche Reich kehren, sondern muß mindestens 5 bis 6 Armeekorps an der italienischen Grenze stehen lassen.

Die neue Militärvorlage wird auch mit der Behauptung begründet, daß sie einen schnelleren Übergang von der Friedens- in die Kriegsformation ermögliche. Dies kann aber nur für einige Regimenter und nicht für die ganze aktive Armee gelten. Wenn z. B. das 23. Regiment im Frieden ein drittes Bataillon erhält, so ermöglicht dies allerdings eine schnellere Mobilisierung des 23. Regiments. Den andern Regimentern aber hilft es nichts. Daß die deutsche Heeresleitung im Kriegsfall die Absicht hegt, ein paar Armeekorps, die schneller mobilisieren können, isoliert gegen den Gegner vorzuschicken, ist nicht wahrscheinlich, denn es wäre ein großer Fehler und müßte dazu führen, daß diese Armeekorps sehr bald auf weit überlegene feindliche Kräfte stoßen würden. Man wird es wohl auch in einem zukünftigen Kriege vorziehen, das für die ersten Schlachten bestimmte Heer insgesamt und nicht „paketweise“ marschieren zu lassen. Ein Vortreiben einzelner Truppenteile am Anfang des Krieges hat nur bei der zur strategischen Aufklärung bestimmten Kavallerie einen Sinn und allenfalls noch bei den Abteilungen, die die Wegnahme französischer Sperrforts bewerkstelligen sollen. Ob es auch nur im letztern Falle richtig ist, erscheint uns noch sehr zweifelhaft, weil auch diese vorgeschobenen Abteilungen dem Zermalmtwerden durch feindliche Übermacht ausgesetzt wären.

Die Behauptung der Militärverwaltung, daß durch die neue Vorlage die Mobilisierung beschleunigt werde, ist also, da sie nicht für die ganze Armee, sondern nur für einzelne Truppenteile gelten kann, ein Argument mehr, das für die Ablehnung der Vorlage spricht.

Der dritte Tag der Rüstungsdebatte.

Drei Redner aus dem Hause nahmen gestern das Wort. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach als erster Genosse Dr. Gradnauer, der in vorzüglich dokumentierten Ausführungen das Wesen der Regierungsvorlagen kritisierte und unsere Anschauung von der Organisation des Militärwesens entwickelte. Es mußte auch für den aufrichtigen Gegner überzeugend wirken, als unser Redner gegen den lächerlichen Vorwurf der Vaterlandslosigkeit unsere Forderung der Jugenderziehung erhob: Die Jugend soll kräftig sein, aber nicht in einem verwerflichen chauvinistischen Dünkel erzogen werden. Ebenso wirksam mußten die Darlegungen sein, in denen Gradnauer allem Rüstungswahnsinn zum Trotz den Gedanken der Abrüstung und der internationalen Verständigung vertrat. Diese wahre Kulturpolitik ist allerdings nicht die Politik der Reichstagsmehrheit, gleichviel, ob sie in der Deckungsfrage mit Wermuth oder mit Kühn gehen. Wie unsere Fraktion über diese zweite Frage denkt, setzte Gradnauer gleichfalls auseinander, und er schloß seine materialreiche Rede mit großzügigen Ausführungen über die internationale Politik der Sozialdemokratie.

Herr Erzberger vom Zentrum hielt eine sehr ausgedehnte Rede, und er ertrug — in eigener Empfindlichkeit — nur schwer die Zurufe, die ihm hier und da gemacht wurden. Er mochte wohl nicht in allzu schwerfälliger Aufklärung über seine Finanzpolitik gestört sein. Das kann man schließlich verstehen; denn es ist wahrlich keine leichte Aufgabe, nachzuweisen, daß die Verwertung der Überschüsse mit den früher proklamierten Erzbergerschen Grundsätzen übereinstimmen. Es war aber die Absicht Erzbergers, eine unbedingt ministerielle Rede zu halten, und es muß ihm zugestanden werden, daß von allen Regierungsvertretern er — der freiwillige Regierungskommissar — noch am allergeschicktesten gewesen ist! Und so weit er als Vertreter des Zentrums sprach, war er auch fürwahr bescheiden genug. Einige kleine Bedingungen, die er im liebenswürdigsten Ton dem Kriegsminister vortrug. Vor allem legte er Wert auf die Abänderung der Kabinettsordre, die entgegen allen religiösen Empfindungen den Duellzwang der Offiziere vorschreibt.

Da ereignete sich der sensationelle Zwischenfall, der von politischer Tragweite sein könnte, wenn — ja eben, wenn das Zentrum noch wäre, was es einst gewesen ist! Herr von Heeringen trat vor und sagte in kurzen barschen Worten, daß derjenige, der diese religiösen Gefühle hat, in das Offizierkorps nicht hineinpaßt!

Der großen Mehrheit des Hauses bemächtigte sich die tiefste Erregung. Namentlich das Zentrum war empört. Herr Gröber schlug die Hände überm Kopf zusammen, der Rheinländer Aster schrie ihn geradezu an.

Herr von Heeringen erblaßte; er begriff, was Herr Paasche ihm sofort sagte: daß er die Gefühle der Mehrheit verletzt habe.

Der Kriegsminister hat in der Tat zu einer Gesetzesverletzung aufgefordert. Aber dem Zentrum und seiner unerschütterlichen Regierungstreue kann man die Ohrfeige schon gönnen, die es vom preußischen Militarismus erhalten hat!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die preußischen Landräte.

In der Budgetkommission des preußischen Landtages wurde die politische Tätigkeit der Landräte und insbesondere die Wahlarbeit des pommerschen Landrats von Maltzahn im Kreise Grimmen besprochen. Dieser brave konservative Junker hatte in seiner Eigenschaft als Landrat verfügt, daß zu den Wahllokalen nur Wähler des Kreises Zutritt haben sollen. In einem weiteren Erlaß wurden die Gemeinde- und Gutsvorsteher aufgefordert, in der Stichwahl zwischen Fortschrittlern und Konservativen nur solche Volksvertreter zu wählen, die den Kampf gegen die Umsturzpartei mit aller Kraft zu führen gewillt sind. Der preußische Minister des Innern, von Dallwitz erklärte, daß seiner Auffassung nach der erste Erlaß nur besagen wollte, daß nur Wahlberechtigte, die das wahlfähige Alter haben, im Wahllokal anwesend sein dürfen. Für den zweiten Erlaß

war es ihm nicht möglich, eine solch fadenscheinige Ausrede zu finden, den mußte er preisgeben und tat es in der zartesten, rücksichtsvollsten Weise, indem er bemerkte, dieser Erlaß scheine ihm nach seiner Meinung auch zu weit zu gehen. Kein Wunder, daß sofort ein konservativer Abgeordneter aufstand und ausdrücklich diese Art Wahlarbeit der Landräte guthieß. — Daß nach einem solchen Verlauf der Besprechung in der Budgetkommission die Landräte nicht daran denken werden, ihre Übergriffe aufzugeben, liegt klar auf der Hand.

Die Petitionskommission

behandelte in ihrer Sitzung am 24. d. M. u. a. eine Eingabe des Handelskammertages, betreffend die Einführung einer Haftpflicht der Postverwaltung bei Nachnahmesendungen. Der Vertreter der Regierung erkannte lediglich die Haftpflicht für die Sendung an sich an, lehnte aber die Garantiepflicht für die Erhebung der Nachnahme unter Berufung auf das Postgesetz und die sonst notwendige Einführung einer kostspieligen Kontrolle der etwa 40 Millionen Nachnahmesendungen im Jahre ab. Die Kommission beschloß dennoch, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Im Wahlkreis Bochum ist der Genosse Hue dem nationalliberalen Bergarbeiter Heckmann unterlegen. Gegen diese Wahl hat die sozialdemokratische Organisation Protest eingelegt, der sich auf einen höchst unlauteren, agitatorischen Kniff des Zentrums stützt. In einem Flugblatt gegen die Sozialdemokratie, überschrieben: „Die roten Gotteslästerer" war behauptet, die Sozialdemokraten haben in einer Kirche auf die Betbank geschrieben: „Jesus spricht: Wählt Hue!" Außerdem war behauptet, Sozialdemokraten hätten die Kirche verunreinigt. Diese Protestbehauptungen konnten von der Wahlprüfungskommission nicht beachtet werden, denn es handelte sich dabei um keinerlei amtliche Wahlbeeinflussung. Die Wahl des Abg. Heckmann wurde für gültig erklärt.

Haftpflicht des Staates für Amtspflichtverletzungen des Lehrpersonals.

Die freikonservative Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses hat, wie schon früher, auch jetzt wieder einen Antrag eingebracht, der das Gesetz über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt auch auf die Lehrer und Lehrerinnen eines Schulverbandes sowie auf die Lehrpersonen der Schulsozietäten und der sonstigen zur Unterhaltung von öffentlichen Unterrichtsanstalten verpflichteten Verbände und Stiftungen des öffentlichen Rechtes ausdehnen will.

Zum Jesuitenerlaß.

Der „Frankfurter Zeitung" wird aus München telegraphiert:

Die Beilegung der durch den Jesuitenerlaß der bayerischen Regierung herbeigeführten Differenzen steht auf Grund der zwischen Berlin und München gepflogenen Verhandlungen unmittelbar bevor und zwar dadurch, daß der Bundesrat eine authentische Interpretation erlassen wird, die die bayerische Regierung selbst verlangt hat und der sie sich fügen wird.

Die „Entschädigung" für unschuldig erlittene Untersuchungshaft.

Viel Aufheben wird von ordnungsparteilicher Seite von der gesetzlich festgelegten Entschädigungspflicht des Staates für unschuldig erlittene Untersuchungshaft gemacht. Ein Beweis dafür, wie unzulänglich diese Entschädigung ist, wird jetzt wieder erbracht. In Berlin wurde am 21. Dezember 1910 der Sattler Mielke unter dem Verdacht, an einem Mord beteiligt gewesen zu sein, in Haft genommen und bis zum 23. Februar 1911 in Untersuchungshaft behalten. Da die Schuld des Mielke sich nicht nachweisen ließ, sprach ihm die Strafkammer des Berliner Landgerichts II das Recht zu, einen Entschädigungsanspruch zu stellen. Mielke wandte sich darauf an die oberste Behörde der Landesjustizverwaltung mit dem Antrage auf Festsetzung der Entschädigungssumme. In seinem Gesuch hatte Mielke seinen Schaden genau spezialisiert. Es ist ihm jetzt der Bescheid geworden. Interessant ist die Berechnung, die der Feststellung der Entschädigungssumme zugrunde gelegt worden ist. Das hochinteressante Aktenstück, das wohl verdient, der weiteren Öffentlichkeit vollinhaltlich bekannt zu werden, hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Beschlusses des Landgerichts II zu Berlin vom 14. Juli 1911 wird dem Sattler Franz Mielke in Berlin für den Vermögensschaden, der ihm durch die in der Zeit vom 21. Dezember 1910 bis 23. Februar 1911 wegen des Verdachts des Mordes erlittene Untersuchungshaft entstanden ist, gemäß dem Gesetze vom 14. Juli 1904 (R. G. Bl. 321) eine Entschädigung von 94,75 Mk., buchstäblich: vierundneunzig Mark 75 Pfg., bewilligt. Gewährt sind:

a) als Ersatz für entgangenen Gewinn bei dem Handel mit Weihnachtsbäumen	75,00 Mk.
b) die Auslagen für den Umzug mit	40,00 „
c) die gesetzliche Gebühr des Verteidigers, §§ 67,3, 76 G. O. f. R. A.	24,00 „
zusammen	139,00 Mk.
abzügl. der Ersparnisse an Verpflegungskosten während der Haftzeit mit	44,25 „
bleiben	94,75 Mk.

Die weitergehenden Ansprüche des Mielke und der Schadensersatzanspruch seiner Ehefrau werden als unbegründet abgewiesen.

Im Auftrage:
(L. S.) gez. Mügel."

Mit seinen weitergehenden Ansprüchen ist Mielke also abgewiesen worden, weil sie, wie es in dem Bescheid heißt, unbegründet sind. Sage und schreibe: 94,75 Mk. bietet der Fiskus dem Antragsteller als eine Entschädigung für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft von acht Wochen an! Und 44,25 Mk. werden dem Sattler, der acht Wochen lang unschuldig hinter Gefängnismauern geschmachtet hat, für die Ersparnisse an Verpflegungskosten während der Haftzeit in Abzug gebracht! Mielke, der zwei Monate lang unter dem furchtbaren Verdacht, ein Mörder zu sein, gefangen gehalten wurde, wird gegen obige Feststellung seines Anspruchs die weiteren Instanzen anrufen.

Sicherheitsmaßnahmen gegen Seeunfälle.

Am Mittwoch begannen im Berliner Auswärtigen Amt die Beratungen über Verbesserungen der Sicherheitseinrichtungen auf den transatlantischen Dampfern. Die großen Reedereien hatten dazu ihre Vertreter entsandt.

Das Lindequist-Telegramm, ein — Irrtum.

Die bereits etwas mysteriös gewordene Geschichte mit dem telegraphischen Ostergruß, den der Kaiser dem früheren Staatssekretär v. Lindequist gesandt haben soll, scheint jetzt geklärt zu sein. Nachdem die Berliner Offiziösen mit ihren Dementierversuchen nirgends rechten Glauben finden konnten, wird jetzt direkt von Korfu aus erklärt:

„Die Nachricht einiger Berliner Blätter, der Kaiser habe an den früheren Staatssekretär v. Lindequist von Korfu aus ein Telegramm gerichtet, beruht auf Erfindung. Damit entfallen alle daran geknüpften Presseerörterungen."

Das „Berliner Tageblatt" bemerkt dazu, daß in Meran während der Osterfeiertage außer dem Staatssekretär a. D. von Lindequist auch dessen Onkel, der Generaloberst v. Lindequist sich aufgehalten hat und an diesen sei das Kaisertelegramm gegangen, sodaß der ganze Streit auf einer Personenverwechselung beruhe.

Die Krise in der nationalliberalen Partei

scheint sich auch nicht so leicht beseitigen zu lassen, wie es nach den Schlichtungsversuchen des letzten Sonntags schien. Trotz der ausdrücklichen Aufforderung, die Streitaxt vorläufig ruhen zu lassen, läuft der erste Vorsitzende des Jungliberalen Reichsverbandes nun mit ziemlichem Nachdruck gegen die „Herren in Westfalen, Worms und in Schleswig-Holstein" Sturm:

„Den Anträgen, die gegen die Jungliberalen gerichtet sind, liegen ausschließlich und allein politische Motive zugrunde. Das ergibt sich schon aus folgendem: Während in vergangenen Jahren, etwa bis zum Jahr 1906, die Jungliberalen in scharfer Oppositionsstellung gegen die Parteileitung gestanden haben, sind sie seit jenem Jahr ununterbrochen im vollsten Einklang mit der offiziellen Politik der Partei vorgegangen. Infolgedessen verstummten die Angriffe gegen uns, die bis zum Jahre 1906 sehr lebhaft gewesen waren, und sie tauchten erst wieder auf, als im Jahre 1909 die offizielle nationalliberale Politik, die wir auch damals und bis zum heutigen Tag im vollen Umfang mitgemacht haben, den jetzigen Antragstellern zu mißfallen begann. Und je mehr diese Politik den Herren in Westfalen, in Worms und in Schleswig-Holstein mißfiel, desto mehr häuften sich die Angriffe, nicht etwa auf jene Politik, sondern ganz besonders auf die Jungliberalen, die diesen Herren als die standhaftesten Träger dieser nationalliberalen Politik galten. Also nicht gegen die Sonderorganisation gingen die wahren Bedenken der Herren Westfalen — sonst hätten sie unmöglich eine solche für sich selbst beantragen können, — sondern gegen das, was sie den Zug nach links bei den Jungliberalen und bei der offiziellen Parteipolitik zu nennen belieben."

Einführung des Waffenscheins.

Der Verkauf von Waffen soll in Zukunft von dem Besitz eines Waffenscheins abhängig gemacht werden. Eine Novelle zur Gewerbeordnung, die den Verkauf der Waffen in anderer Weise als bisher regeln wird, ist nach der Korresp. Woth fertiggestellt worden und soll dem Reichstage noch in dieser Session zugehen.

Rußland.

Das sibirische Blutbad vor der Duma. Die Reichsduma nahm mit großer Mehrheit die Dringlichkeit der Interpellationen über die Ereignisse am Lenastrom an, die von den Kadetten, Sozialdemokraten und Oktobristen eingebracht worden sind. Der sibirische Abgeordnete Gschilo brachte einen Vorschlag der Arbeitergruppe ein, nach dem die Vorkommnisse durch eine Parlamentskommission untersucht werden sollen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Tschilikin stellte im Namen einer Gruppe sibirischer Abgeordneter einen Antrag, in dem die Notwendigkeit einer Gesetzesvorlage zur Regelung der Dingung von Arbeitern für die Gold- und Platinwerke, ferner zur Regelung der Arbeitszeit und der Wohnungsverhältnisse sowie Einbeziehung der Arbeiter der Goldwäschereibezirke in Sibirien in die Unfall-, Krankheits- und Invaliditätsversicherung betont wird. Die Interpellation der Sozialdemokraten wurde mit 97 gegen 76 Stimmen abgelehnt, die Interpellationen der Kadetten und Oktobristen mit großer Majorität angenommen. Der Präsident der Duma erklärte, daß über den Vorschlag der Arbeitergruppe nicht abgestimmt werden könne, da er ungesetzlich sei.

Finnland.

Die Abgeordnetenimmunität. Wir berichteten kürzlich über die Affäre des Genossen Airola, den die Polizei, ungeachtet seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter, verhaften wollte, damit er eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe schon jetzt verbüßen sollte. Die Angelegenheit kam auch im finnischen Landtag zur Sprache. Indessen vermochte sich die bürgerliche Mehrheit nicht zu einem klaren Beschluß aufzuraffen und das Attentat gegen die Abgeordnetenimmunität sofort abzuwehren. Mit 92 Stimmen gegen 90 wurde die Angelegenheit an die Kommission der Grundgesetze verwiesen. Inzwischen hat der Prokurator des Senates den Magistrat zu Helsingfors befragt, weshalb das Gerichtsurteil gegen Airola nicht vollstreckt worden sei. Wie die „Nowoje Wremja" meldet, soll Genosse Airola bereits verhaftet und ins Gefängnis geschafft worden sein. Wir geben diese Nachricht mit Vorbehalt wieder, denn selbst unter dem jetzigen Russenkurs in Finnland erscheint es uns kaum glaublich, daß die Behörden sich zu einem derartigen Gewaltstreich hergegeben haben. Die Verhaftung eines Abgeordneten während der Session, überdies wegen einer Strafe in einem politischen Prozesse, ist eine Schmach für die gesamte finnische Verwaltung, die den Protest der gesamten Kulturwelt herausfordert. Wenn der finnische Landtag etwas auf seine Ehre hält, muß er sich den Forderungen der russischen Gewalthaber energisch widersetzen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 25. April.

Achtung Landschaftsgärtnereiarbeiter! Sämtliche Landschaftsgärtnereibetriebe Lübecks sind gesperrt. Zuzug von gelernten und ungelernten Arbeitern ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Gärtner befindet sich Stavenstraße 33.

Zur Maifeier. Die Betriebsverwaltung der Lübecker Straßenbahn wird aus Anlaß der Maifeier auf den nach Israelsdorf führenden Linien für vermehrte Fahrgelegenheit sorgen. Außerdem werden abends Spätwagen eingelegt und der 10-Minuten-Verkehr auf der Linie Israelsdorf—Bahnhof bis 12 Uhr 2 Minuten nachts ausgedehnt werden.

Der Bürgerausschuß beschloß in seiner Sitzung am Mittwoch, die Vorlage betr. Erhebung einer Kurtaxe in Travemünde und Gneversdorf der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung zu empfehlen. — An eine fünfgliedrige Kommission wurde die Vorlage betr. den Ankauf des Grundstückes Mengstraße 18 und Fünfhausen 36 verwiesen. Ferner genehmigte der Bürgerausschuß 4000 Mk. zum Ausbau des Travenufers vom Vogelschutzgehölz bis zur Wielandbrücke. — Die oben erwähnte Kommission soll sich ferner mit der Vorlage befassen, die den Ankauf eines Teiles des Grundstücks Breite Straße 36 bezweckt.

Wozu wir Geld haben. Der Bürgerausschuß hatte sich gestern mit folgendem Senatsdekret zu beschäftigen: Der Landeskriegerverband Lübeck hat im verflossenen Jahre auf Grund einer Anregung des Deutschen Kriegerbundes nach dem Vorgange anderer Landesverbände eine Fürsorge für die ausgehobenen Rekruten ins Leben gerufen und zugleich seinen Mitgliedern während des Sommers Gelegenheit gegeben, das bei der Truppe gelernte Schießen weiter zu pflegen. Der Senat hat dem Verbande zu diesem Zwecke aus den zu seiner Verfügung stehenden Mitteln eine Beihilfe von 600 Mk. gewährt. Auf beiden Gebieten ist Erfreuliches geleistet worden; insbesondere hat das Schießen eine unerwartet große Beteiligung gefunden. Der Landeskriegerverband beabsichtigt daher, seine Tätigkeit in dieser Richtung in diesem Jahre fortzusetzen; da indes die Mittel des Verbandes beschränkt sind, so hat der Vorstand in der abschriftlich beifolgenden Eingabe vom 28. Februar 1912 gebeten, ihm eine Unterstützung von 800 Mk. zu bewilligen. Die gleichfalls abschriftlich beigefügte Aufstellung über die Einnahmen und Ausgaben beim Schießen ergibt, daß für diesen Zweck etwa 600 Mk. benötigt werden. Weitere 200 Mk. sollen wie im Vorjahre für Rekrutenfürsorge aufgewendet, und zwar sollen vier Vorträge gehalten und drei Ausflüge unternommen werden; zum Schluß soll ein Biwak in der Palinger Heide abgehalten, auch soll ein Rekrutenabschied gefeiert werden. Die Bestrebungen des Verbandes dienen der Allgemeinheit und verdienen in hohem Maße auch das Interesse und die Unterstützung des Staates. Der Senat ist daher bereit, die erbetene Beihilfe, die ihm angemessen erscheint, zu gewähren, und stellt demgemäß zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß dem Vorstande des Landeskriegerverbandes Lübeck für Zwecke der Rekrutenfürsorge und zur Pflege des Schießens im Verbande eine Beihilfe von 800 Mk. aus dem Abschnitt „Nachträgliche Bewilligungen" des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1912 bewilligt werde. Der Bürgerausschuß erteilte die beantragte Mitgenehmigung. — Wenn in dem Dekret gesagt wird, die Bestrebungen des Landeskriegerverbandes dienten der Allgemeinheit, so kann man darüber nur lachen. Ganz entschieden aber ist es zu verwerfen, daß der leider schon übermäßig wuchernde Schießunfug noch auf Staatskosten gefördert werden soll. Wenn aber die „Krieger" schon knallen müssen, dann sollten sie es wenigstens auf eigene Rechnung tun und nicht dazu auch die Groschen der Arbeiter verwenden.

Die Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten der am 1. und 2. Juni 1912 in Lübeck stattfindenden Hauptversammlung der „Deutschen Reichsfechtschule" wurde gestern vom Bürgerausschuß beschlossen. Der Senat hatte beantragt: Der unter dem Namen „Deutsche Reichsfechtschule" am 13. Oktober 1888 begründete, über ganz Deutschland und einen Teil des Auslandes verbreitete Wohltätigkeitsverein, welcher die Pflege und Erziehung armer Waisenkinder in den deutschen Reichswaisenhäusern bezweckt, beabsichtigt, am 1. und 2. Juni 1912 in Lübeck seine Hauptversammlung abzuhalten. Dem hiesigen Zweigverein, nämlich dem Lübecker Verband „Waisenhort", entstehen dadurch Kosten in Höhe von 600 Mk. Da der Verein seine eigenen Mittel ausschließlich für Wohlfahrtspflege verwendet, hat er gebeten, diese Kosten staatsseitig zu übernehmen. Zur Begründung seiner Bitte hat er auch darauf hingewiesen, daß von hier aus bereits mehrfach Zöglinge in den zurzeit bestehenden fünf deutschen Reichswaisenhäusern Aufnahme gefunden haben und daß dadurch der hiesigen Armenpflege manche Kosten erspart werden. Der Senat ist im Hinblick auf den Zweck, den der Verein verfolgt, bereit, dem Antrage zu entsprechen, und stellt daher zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß dem Lübecker Verbande „Waisenhort" zu den Kosten der Hauptversammlung der Deutschen Reichsfechtschule im Jahre 1912 ein Beitrag von 600 Mk. gewährt und dieser Betrag auf Abschnitt XIX des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1912 angewiesen werde. Der Bürgerausschuß war damit natürlich einverstanden, zumal es ja zur zweiten Gewohnheit geworden ist, daß in Lübeck die bürgerlichen Vereinigungen ihre Kongresse und die damit verbundenen Vergnügungen auf Staatskosten abhalten. Dafür sind es aber auch Patrioten. Die Arbeiter bekämpft man und läßt sie mitbezahlen.

Keine Pflichtfortbildungsschulen für die weiblichen gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge. Der Bürgerausschuß lehnte es gestern ab, den von der Bürgerschaft angenommenen Antrag auf Prüfung der Frage betr. die Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen für die weiblichen gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge dem Senat entgegen zu bringen. Damit hat die Bürgerausschußmehrheit wieder einmal deutlich bewiesen, wie wenig Verständnis sie modernen Forderungen entgegenbringt.

Verschluckte Nägel. Die Gewohnheit, allerhand in den Mund zu nehmen, ist nicht nur auf die Kinder beschränkt. Bei diesen ist sie freilich fast selbstverständlich, und jede Mutter oder Pflegerin eines Kindes muß eine dauernde Aufmerksamkeit darauf verwenden, ihren Kleinen allmählich diese Neigung abzugewöhnen und es vor Schaden zu bewahren. Aber auch bei Gewachsenen, namentlich bei bestimmten Berufen, ist dieser unverständliche Gebrauch nicht viel seltener als bei Kindern. Schneiderinnen sehen es als ihr gutes Recht oder als eine Notwendigkeit an, Stecknadeln in den Mund zu nehmen, und ebenso macht es ein Tapezierer mit den kleinen Nägeln. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß zuweilen ein solcher Gegenstand verschluckt wird, und die Folgen hängen dann von Zufälligkeiten ab, können aber sehr schwer sein. Wird eine Nadel oder ein Nagel gütig in Speisebrei eingehüllt, so kann der Fremdkörper, ohne einen Schaden zu stiften, durch den ganzen Körper hindurchwandern und ihn auf natürlichem Wege wieder verlassen. Andernfalls bleibt er irgendwo hängen, und wird dann eine Wanderung antreten, die oft zu recht bedenklichen Beschwerden und Verletzungen führen kann. Es kommt auch vor, daß Nägel schon in der Luftröhre haften bleiben, und dort längere Zeit, falls sie nicht zu groß sind, ohne erhebliche Unzuträglichkeiten sich aufhalten. Dr. Ingals, der vor der Ärztegesellschaft in Chikago mehrere solcher Fälle beschrieben hat, zeigt, daß Nägel in der Luftröhre monatelang verborgen bleiben können. Allerdings ist es selten, daß sie nicht mehr als Husten und ähnliche geringe Beschwerden hervorrufen. In einem Falle hat ein Knabe einen verschluckten Nagel sogar acht Jahre lang, nämlich von seinem zweiten bis zum zehnten Lebensjahre mit sich herumgetragen und würde auch dann noch nicht zum Arzt gebracht worden sein, wenn sich nicht die Gegenwart des Fremdkörpers durch eine Blutung nach einer scharfen Radfahrt gegen Wind verraten hätte. Auch die Entwicklung des Kindes war in keiner Weise behindert worden. Dennoch wurde eine ziemlich schwere Operation notwendig, da der Nagel so in das Gewebe eingedrungen war, daß er nur durch einen Luftröhrenschnitt entfernt werden konnte. Danach trat vollkommene Heilung ein, und der Knabe konnte sogar schon sechs Tage nach der Operation entlassen werden. In den meisten Fällen aber sind, selbst wenn keine alarmierenden Zeichen auftreten, die Folgen bedeutend schwerer. Ein anderer Knabe, der einen Nagel sieben Monate in der Luftröhre gehabt hatte, wurde von einer Lungenentzündung befallen, die während dieser ganzen Zeit anhielt. Die Operation war hier sehr schwierig und verlangte sogar eine Wiederholung, da bei dem ersten Versuch zur Entfernung des Nagels dieser noch weiter, bis in die Lunge hinabgeglitten war. Dennoch konnte er glücklich entfernt werden. Bei einem dritten Knaben äußerte sich die Anwesenheit des Fremdkörpers in den Luftwegen durch Husten, Fieber und Krämpfe. Besonders merkwürdig ist der Umstand, daß dabei niemals eigentliche Atemnot und auch selten Schmerzen eintreten.

pb **Gestohlen** wurde vom Hausflur eines Hauses der Kleinen Gröpelgrube am 23. d. M., nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr ein kleiner Wagen („Fliegender Holländer"). — Aus dem verschlossenen Korbe eines Dienstmädchens in der Blücherstraße sind in den ersten Tagen d. M. ein dunkelblaues Reformkleid, ein schwarzer Kostümrock und eine bunte Wirtschaftsschürze gestohlen worden.

pb. **Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Demmin, der in der Fackenburger Allee aus einem aufgehängten Brotbeutel Semmel entwendet hat.

pb. **In der Herberge beraubt.** Einem hier zugereisten Kuhmelker wurden in einer hiesigen Herberge eine silberne Herren-Anker-Remontoiruhr mit Goldrand (Glashütter-System) und ein braunes Portemonnaie mit ca. 20 Mark gestohlen.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 26. April, abends 6—7 Uhr.

Ringkämpfe im Hansatheater. Die Resultate vom Mittwoch waren: Hißmann (Westfalen) besiegte Callon in 14 Minuten durch Überstürzer nach vorn. Mamutow warf Krichelsdorf in 2 Min. durch Untergriff von vorn. Der Kampf zwischen Gambier (Frankreich) und Reglin (Lübeck) mußte nach 20 Minuten unentschieden abgebrochen werden. Zum Schluß besiegte Albert Sturm Ali Oglui durch Kopfzug in 7 Minuten. Donnerstag ringen: Gambier—Frachet, Sturm—Hißmann, Gokich—Krichelsdorf, und Entscheidungskampf Petitjean gegen Andree.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: „Hans Heiling" von Marschner geht am Freitag, dem 16. April, in Szene. Eins der deutschesten Werke überhaupt, ist es mit seinem tiefen Stimmungsgehalt bis heute einer unserer kostbarsten musikalischen deutschen Schätze geblieben. Wie beim Freischütz, dem deutschen Märchenboden entsprossen, ist die Handlung des Werkes volkstümlich im besten Sinne des Wortes. Herr Langefeld wird mit der Titelpartie, die seiner Begabung außerordentlich günstig liegt, seinen vielen schönen Leistungen eine neue anreihen. Frau Kruse-Tiburtius, Frl. Jansen, Herr Kollwitz, Herr von Schenck und Herr Schorn sind ebenfalls in hervorragenden Partien beschäftigt, sodaß mit Sicherheit ein genußreicher Abend zu erwarten ist.

Hamburg. Todessturz. Auf dem Dampfer „Badagri" waren die Schauerleute mit Abdecken der Lukendeckel des Raumes 2 beschäftigt, als ein Lukendeckel aufkippte und mitsamt dem Schauermann Carl Eisenmenger in den Unterraum stürzte. Dort blieb der Schwerverletzte liegen und verstarb nach wenigen Minuten. Seine Leiche ist durch die Sanitätskolonne nach der Leichenhalle des Hafenkrankenhauses gebracht worden.

Kiel. Die Kieler Stadtverordnetenwahl 1911 vor dem Bezirksausschuß. Vor dem Bezirksausschuß in Schleswig wurde am Dienstag über den sozialdemokratischen Einspruch gegen die von den Stadtverordneten beschlossene Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen von 1911 verhandelt. Der Einspruch gründete sich darauf, daß die Bestimmungen und der Grundgedanke der Schleswig-holsteinischen Städteordnung durch das gegenwärtige Wahlrecht verletzt seien. Bekanntlich hatten der 1. und 5. Bezirk, die von der Sozialdemokratie erobert wurden, so viel Wähler, als der 2., 3. und 4. Bezirk zusammen. Dazu kam, daß einige Bezirke zwei, andere nur einen Stadtverordneten zu wählen hatten. Der sozialdemokratische Einspruch wurde vom Genossen Adler vertreten. Der Bezirksausschuß wies die Klage ab. Er erklärte, daß die Einteilung der Stadt in Wahlkreise unbeschränkt zulässig sei, weil man den § 35 der Städteordnung in dieser Richtung auszulegen habe. Was nun die Zustände bei der Wahl von 1911 angehe, so wäre unbedingt festzustellen, daß eine Ungleichheit vorhanden gewesen sei. Diese Ungleichheit hätte auf einer mangelhaften Einteilung beruht und Pflicht des Magistrats wäre es gewesen, diese ungleiche Einteilung zu beseitigen. Wenn der Magistrat das nicht getan habe, so hätte man durch Beschwerde ein Einschreiten der Aufsichtsbehörde herbeiführen müssen. Das sei nicht geschehen. Der Bezirksausschuß als Verwaltungsbehörde sei nicht in der Lage, dem offenbar vorhandenen Unrecht gegenüber Remedur zu schaffen, wenn es wie hier in den Rahmen des vorhandenen Rechts passe.

Kiel. Schiffsunfall in der deutschen Kriegsmarine. Bei den vor Saßnitz stattfindenden Übungen der Torpedoboot-Flottillen ist ein Torpedoboot von dem Panzerkreuzer „Friedrich Karl" angerannt und erheblich beschädigt worden. Das Torpedoboot konnte in den Hafen von Saßnitz geschleppt werden. Reparaturen dieser Art pflegen sehr teuer zu sein; die Kosten tragen die Steuerzahler.

▯ **Eckernförde.** Staatslohn für „gute" Gesinnung. Ein Fischer aus Borby bei Eckernförde bewarb sich bei der Marineverwaltung um eine Anstellung auf dem Schießstande bei Eckernförde. Der Brave, Chr. Dibbern ist sein Name, kannte die Vorliebe der Marineverwaltung für die „staatserhaltenden" Elemente ganz genau. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" ist in der Lage, das Bewerbungsschreiben zu veröffentlichen. Es enthält folgende schönen Sätze:

„Der Rückgang der Fischerei meines Heimathafens zwingt uns Fischer zum großen Teil, einen Teil des Jahres noch einer anderen Beschäftigung nachzugehen. Bin daher auch im Baugewerbe tätig (Arbeitswillig). Der Broterwerb wird mir aber durch die sozialdemokratischen Arbeitervereine mit allen Mitteln erschwert, weil ich arbeitswillig bin und zu keinem sozialdemokratischen Verein gehöre. Darum muß ich mich nach einer andern Lebensstellung umsehen, wenn ich nicht auch ein Sozialdemokrat werden will. Nun das kann und will ich nicht. Denn ich habe meinem Kaiser und Reich den Eid nicht nur für die Dauer meiner Dienstzeit geleistet, dem ich drei Jahre bei der Deutschen Marine genügt habe, sondern so lange ich lebe."

Natürlich ist die Behauptung von der Erschwerung des Broterwerbs durch die sozialdemokratischen Arbeitervereine Schwindel. Aber der beabsichtigte Zweck ist damit erreicht worden — der Brave wurde angestellt.

Varel. Streikbrecher-Vermittlung nach Varel i. O. In Varel i. O. beschäftigte sich ein Herr Diedr. Müller, Fahrradhändler und nebenbei Apostel der Baptistengemeinde, nebenbei auch noch mit der Vermittlung von Arbeitswilligen für die von den organisierten Arbeitern bestreikten Firmen Norddeutsche Treibriemen- und Lederfabrik von Schwabe, und die Treibriemenfabrik von Pohlmann. Durch Inserate in dem Baptistenblättchen „Wahrheitszeuge" werden Arbeiter bei dauernder Stellung und gutem Lohn nach dort gesucht. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Baptistenapostel über den Kreis seiner frommen Gemeinde hinaus seine Streikbrechervermittlung ausdehnen könnte, so sei vor ihm gewarnt.

Lüneburg. Ein gefährlicher Erpresser, der 35jährige Kaufmann, „Astrolog" und Handliniendeuter Karl Schmidt aus Berngau (Oberpfalz), wurde von der Strafkammer in Lüneburg zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er seine Kunst und seinen Einfluß als Hypnotiseur zu Erpressungen benutzt hatte. Er gab in den verschiedensten Städten Gastrollen, um zu verschwinden, wenn ihm der Boden zu heiß wurde. In Lüneburg erpreßte er von seiner Pensionswirtin, einer 58jährigen Frau, zuletzt unter Drohungen, nach und nach über 1000 Mk. In ihrer Herzensnot machte die Ausgebeutete zuletzt anonym Anzeige bei der Kriminalpolizei in Hamburg, wohin der Schwindler inzwischen verzogen war. Als dieser im März zu einem neuen, vorher in einem Drohbriefe angekündigten Beutezug nach Lüneburg kam, ereilte ihn das Schicksal. Die Verhaftung gestaltete sich, wie seinerzeit berichtet, sehr schwierig. Bei der Vernehmung der ausgepreßten Zeugin versuchte der Angeklagte, sie durch starres Anschauen zu verwirren. Als ihm dies bei der schwachen Frau teilweise gelang, erhielt er einen andern Platz angewiesen.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Zum Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde in der Sitzung vom Mittwoch abend der frühere Reichstagsabgeordnete Genosse Zietsch-Charlottenburg gewählt.

Bestrafte Verleumdung. Im Reichstagswahlkampf im Wahlkreise Kronach (Oberfranken) hatte die katholische Geistlichkeit sich für die Zentrumssache scharf ins Zeug gelegt, und nach bekannter Manier gegen die Sozialdemokratie gekämpft. Der Kuratus Will in Buchbach, jetzt in Hollfeld, hatte den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, den Arbeitersekretär Seelmann in Kronach in der unflätigsten Weise beleidigt. Der brave Gottesmann hatte öffentlich behauptet, Seelmann hätte schon wegen Betrügereien oder Prügeleien fünf Monate und wegen Mißhandlung seiner Eltern drei Monate Gefängnis verbüßt. Diese Behauptung ist glatt erfunden. Seelmann stellte gegen den Verleumder Beleidigungsklage und erzielte dessen Verurteilung zu 100 Mk. Geldstrafe. Außerdem wurde dem Kläger die Veröffentlichung des Urteils auf Kosten des Verurteilten in zwei Zeitungen zuerkannt. Der Geistliche hatte gegen Seelmann Widerklage wegen eines von diesem veranlaßten Zeitungsartikels angestrengt. Er hatte aber damit kein Glück. Der Wahrheitsbeweis für die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen wurde geführt und Seelmann freigesprochen. Will hat nun auch sämtliche, nicht unbedeutenden Kosten zu tragen.

Städtische Maifeier in Brüssel. Der Stadtgemeinderat von Brüssel hat auf Antrag der Sozialisten beschlossen, den Schülern der Kommunalschulen und den städtischen Beamten zur Feier des ersten Mai dienstfrei zu geben. Liberale und Klerikale waren gegen den Beschluß.

Genossenschaftsbewegung.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1911. Der neuesten Nummer der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" ist der vom Verbandsdirektor Radestock veröffentlichte Vorstandsbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beigelegt. Daraus ist zu entnehmen, daß das Jahr 1911 den modernen Konsumvereinen in Deutschland, die im Zentralverbande deutscher Konsumvereine zusammengeschlossen sind, eine Entwicklung gebracht hat, wie sie bisher noch nicht erlebt worden ist. Selbstverständlich ist keine erhebliche Zunahme der Zahl der Konsumgenossenschaften zu verzeichnen. Sie stieg von 1151 auf 1183. Es ist natürlich zu begrüßen, wenn Vereine, die bisher noch ferngestanden haben, sich jetzt der allgemeinen Bewegung anschließen. Im großen und ganzen muß man jedoch damit rechnen, daß die Zahl der dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumvereine nicht weiter steigt, da die moderne Entwicklung dahin geht, Neugründungen möglichst zu verhüten und an Orten, wo ein neuer Verein entstehen soll, wenn es irgend möglich ist, eine Verteilungsstelle eines benachbarten Vereins zu errichten. Ferner werden überall dort, wo von früher her in unmittelbarer Nähe zahlreiche kleine Vereine bestehen, diese zu modernen, leistungsfähigen Bezirkskonsumvereinen verschmolzen. Das alles wirkt dahin, daß die Zahl der Konsumvereine nicht wesentlich steigen kann. Um so mehr muß jedoch die Zahl der Mitglieder in den Vereinen steigen, denn die großen Genossenschaften, die jetzt entstehen, üben in eine ganz andere Anziehungskraft aus als die früheren kleinen Vereine. Die Mitgliederzahl ist denn auch ganz außerordentlich gestiegen, um rund 144 000, nämlich von 1 181 000 auf 1 325 000. Das ist eine höchst erfreuliche Zunahme. Die Zahl zeigt jedoch aber auch andererseits jedem, der die moderne Arbeiterbewegung kennt, daß noch sehr viele, für die die Mitgliedschaft im Konsumverein unbedingte Notwendigkeit wäre, draußen stehen, denn diese 1 325 000 Mitglieder sind durchaus nicht alles Arbeiter, unter ihnen sind Handwerker, Beamte usw. Es können also die Gewerkschaften gemäß ihrer auf dem Gewerkschaftskongreß zu Dresden im Vorjahr übernommenen Verpflichtung den Konsumvereinen noch eine ganze Anzahl Mitglieder zuführen. Recht erfreulich und groß war auch die Umsatzsteigerung. Der Umsatz der dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften, wozu auch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine gehört, stieg von 433 Millionen Mark auf 506 Millionen Mark, also um 73 Millionen Mark in einem Jahre. Bisher war die größte Umsatzsteigerung im Jahre 1910 mit 51 Millionen Mark zu verzeichnen. Demgegenüber stellen die 73 Millionen Mark im verflossenen Jahre eine ganz außerordentliche Zunahme dar. In Eigenproduktion wurde im Zentralverbande deutscher Konsumvereine für 81 Millionen Mark Waren hergestellt gegenüber 66 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zahl aller im Zentralverbande beschäftigten Personen stieg von 18 923 auf 21 939. An Warenbeständen sind 50 Millionen Mark zu verzeichnen, an Maschinen und Inventar 14 Millionen Mark, nicht weniger als 74 Millionen Mark sind in Grundbesitz angelegt. Das gesamte Kapital, mit dem die modernen Konsumvereine arbeiten, beträgt 152 Millionen Mark. Der Drang zur Schaffung größerer Konsumvereine führte auch zur Steigerung der Eigenproduktion. Zahlreiche Vereine haben im vergangenen Jahre neue Bäckereien errichtet. Bei den Schlächtereien geht die Entwickelung nicht im selben Tempo vor sich, da man hier erst im Begriff ist, aus der Zeit des Experimentierens in die der ruhigen Arbeit überzugehen. Noch schwieriger ist die genossenschaftliche Milchversorgung der Mitglieder. Der Vorstandsbericht verzeichnet dann weiter die Einführung der Beratung der Konsumvereine bei Bauangelegenheiten, die sich sowohl auf die technische wie auf die finanzielle Seite erstreckt. Alles in allem können die Konsumvereine mit ihrer Entwickelung in dem Teuerungsjahr 1911 sehr zufrieden sein. Aber dieses Gefühl der Zufriedenheit darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade für die modernen Konsumvereine noch ein großes Ausdehnungs- und Agitationsgebiet vorhanden ist.

Literarisches.

Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Unter diesem Titel hat Genosse Leipart im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine interessante Schrift herausgegeben. In derselben werden der Arbeitsvertrag und die Arbeitsordnung sowie die rechtliche Seite der Tarifverträge einer eingehenden Schilderung und Kritik unterzogen. Der Preis der Schrift ist im Buchhandel 1 Mk., an die gewerkschaftlichen Organisationen wird dieselbe zum Selbstkostenpreis von 30 Pfg. abgegeben.

Die Erforschung der Pole. Von Professor Dr. G. Braun. Mit Abbildungen und Karten. Theod. Thomas Verlag, Geschäftsstelle der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft e. V. Leipzig, Königstr. 3. Preis 1 Mk.—, gebunden 1,60. Gerade zur richtigen Zeit, in der die Welt durch die Nachrichten von Amundsens Erfolgen in Spannung gehalten wird, erscheint dieses treffliche Buch, in dem der Verfasser, der nach langjähriger Tätigkeit am Institut für Meereskunde in Berlin jetzt als Professor an die Universität Basel berufen wurde, in aller Kürze aber doch mit bemerkenswerter Vollständigkeit ein hochinteressantes Bild von den unsäglichen Schwierigkeiten bietet, welche die kühnen Forscher bis zur Erreichung ihres Zieles zu überwinden hatten. Nach einer Geschichte der Entdeckungsreisen in das nördliche und südliche Eismeer, widmet der Verfasser ein Kapitel den Methoden der Polarforschung und beschreibt sodann Aufbau und Formen der entdeckten Länder, ihre klimatischen und Eisverhältnisse, sowie die auf ihnen befindliche Pflanzen-, Tier- und Menschenwelt. Auch die Erreichung des Südpols durch Amundsen findet in dem Buche eingehende Berücksichtigung. Die Mitglieder der Deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft, welche das Buch unentgeltlich erhalten, werden es besonders dankbar begrüßen, über das interessante Thema von so berufener Feder schon jetzt und ausführlich orientiert zu werden. Der Beitritt zu der Gesellschaft, der bei jeder Buchhandlung gegen Erlegung des geringen Vierteljahresbeitrages von 1,50 Mk. erfolgen kann, sei unseren Lesern wärmstens empfohlen.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 24. April.

Weizen, 128—134 Pfd. holl. — — — Mk. **Roggen** 120—125 Pfd., holl. 190—196 Mk., **Gerste,** nach Qualität 205—215 Mk. **Hafer,** nach Qualität, 200—208 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 24. April.

Auftrieb 1361 Schweine. Markt mäßig rege geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,— bis 69,— (54,50 bis 55,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 67,— bis 68,00 (53,50 bis 54,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., — — bis 67,00 (—,— bis 52,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 66,— bis 67,00 (51,50 bis 52,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 64,00 (45,50 bis 48,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., —,— bis 64,00 (—,— bis 51,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 60,00 bis 62,00 (47,00 bis 48,50) Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 24. April.

1. Klasse 612 Drittel zu 117,78 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 64 „ „ 108,84 Mk. „ „

Unverkauft blieben — Tonnen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Geschäfts-Eröffnung!

Den geehrten Bewohnern von Lübeck und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, dass ich

Freitag, den 26. April 1912

Hüxstraße 30 Lübeck Hüxstraße 30

ein erstklassiges, der modernen Hygiene entsprechend eingerichtetes

Butter-Spezialgeschäft

eröffne. Ich empfehle:

Allerfeinste nordschleswigsche Meierei-Tafel-Butter	1.35	Mk. pro Pfund
Hochfeine Holsteiner Meierei-Tafel-Butter	1.30	„ „ „
Garantiert reines Flomenschmalz in Blasen	0.68	„ „ „
„ „ Schweineschmalz	0.65	„ „ „
Ausgesuchte Margarine-Qualitäten	von 0.55	„ „ „
Größte Auswahl allerfeinster Pflanzenbutter-Margarine	„ 0.65	„ „ „

Speziell empfehle ich meine anerkannt hochfeine

„Iduna"-Margarine

0.75 Mk. pro Pfund

und

„Sigrid"-Pflanzenbutter-Margarine

0.78 Mk. pro Pfund.

Größte Auswahl in Spezial-Marken der berühmtesten Fabriken Deutschlands.

Große frische hiesige Eier pro Stück **6½ Pfg.**

Auf Butter u. Schmalz 2½ Pfg. u. auf Margarine 5 Pfg. Rabatt.

Freitag, Sonnabend und Sonntag

erhält jeder bei Einkauf von 1 Pfund Butter oder Margarine

Gratis eine hochfeine Porzellantasse mit Goldband **Gratis**

Hochachtungsvoll

Friedrich Ohlsen

Butter-Spezial-Geschäft

Lübeck, Hüxstrasse 30.

Für Herren:

Schnürstiefel, Box . . 7.90 bis 10.00 M.
„ echt Boxcalf . . 10.75 M.
„ echt Boxcalf fl. . 12.00 M.
„ Frankonia
Rahmenarbeit . . . . . 14.75 M.
Zug- und Schnallenstiefel, Box
von 8.50 9.25 10.75 11.50 b. 13.50

Für Damen:

Schnürstiefel und -Schuhe in Boxcalf u. Chevreau, auch braun, v. 4.75 b. 13.50 M.

Für Knaben u. Mädchen:

Schnürstiefel, Rindbox und Boxcalf, auch in braun
Größe 36-39 6.00 7.50 bis 8.50 M. Größe 31-35 4.75 5.25 bis 7.25 M.
Größe 27-30 3.75 4.25 bis 5.50 M.

Herkules praktischer Werktagsstiefel a. einem Stück 8.75 M.

Für Kinder:

Schnürstiefel, auch in braun, Größe 25-26 3.75 M. Größe 22-24 3.00 M.
Sämtliche Knaben- u. Kinderstiefel in Roß- u. Rindl. zu billigen Preisen.
Arbeits-Schnür-, Schnallen- und Zugstiefel vorrätig.

Heinrich Beckmann, Reiferstraße 3.

Rabattmarken. Reparaturwerkstatt.

HANSA-THEATER

Tel. 610. Dir. Reinh. Gollbach. Tel. 610

Freitag ringen:

Collon (Luxemburg) gegen **P. van Andree** (Holland)
Mamutow (Rußland) gegen **Hallmann** (Berlin)
Ali Oglui (Kurdestan) gegen **Petitjean** (Hannover)

Entscheidungskampf:

Gambier (Frankreich) gegen **H. Reglin** (Lübeck)

Vorher das **Variété-Programm.** Anfang 8½ Uhr.

Ordentliche General-Versammlung

am Dienstag, dem 7. Mai 1912
abends 8½ Uhr
im Restaurant „Bauhütte", Fischstraße 9.

Tages-Ordnung:
1. Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz, sowie Festsetzung des Gewinnanteils.
2. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Genehmigung der Geschäftsanweisung für den Aufsichtsrat.
4. Bericht des Verbandsrevisors.
5. Gehaltserhöhung des Verwalters und des Vereinsboten.
6. Verschiedenes.

Die Bilanz, sowie die den Gewinn und Verlust des Jahres zusammenstellende Berechnung (Jahresrechnung) sind im Geschäftszimmer, Königstraße 48 b, I., von 9 bis 11 Uhr vormittags, zur Einsicht für die Genossen ausgelegt.

Lübecker gemein. Bauverein
e. G. m. b. H.

Der Vorstand:
Charles Coleman, Vorsitzender,
Julius Hahn, Stellvertreter des Vorsitzenden, F. Rissom, Kassenführer.
L. Langenheim, Schriftführer.
J. Körner.

Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, 26. April
abends 9 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Stellungnahme zur Generalversammlung.
3. Aufstellung eines Delegierten.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

der

Schauerleute

Freitag, 26. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
Regelung verschiedener Arbeitsangelegenheiten am Hafen.

Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, 26. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 1. Quart. 1912.
3. Anträge zum Verbandstag.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

NB. Unser diesjähriger Ausflug findet am 9. Juni per Dampfschiff nach Wismar statt. Abfahrt morgens 7 Uhr.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, 26. April
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Maifeier.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Kalnbergs

Universum.
Variété und Kabarett.

Heute 8¼ Uhr:

Neues Programm.

Neu! Neu!

Seine Kleine.

(Entree 20 Pfg.)

Neues Stadttheater.

Freitag, den 26. April 1912.
Voll-Ab. 184. Freitag-Ab. 30.
Neu einstudiert!

Hans Heiling.

Romantische Oper v. H. Marschner.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Sonnabend, den 27. April 1912.
Voll-Ab. 185. Sonnabend-Ab. 17.

Tiefland.

Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Festspiele
am 7., 9., 11., 13. Mai 1912.

Krieg dem Kriege!

So lautet der Kampfruf, den die berühmte Romanschriftstellerin und Vorkämpferin des Friedensgedankens **Bertha von Suttner** machtvoll ertönen läßt. Ihr Buch:

Die Waffen nieder!

zugleich ein **fesselnder, umfangreicher Lebensroman voll atemloser Spannung,** wirkte auf die ganze zivilisierte Welt, wie selten ein Schriftwerk; es wurde binnen kurzem in Hunderttausenden von Exemplaren verschlungen und mit Recht kürzlich **als Kulturtat ersten Ranges durch den Nobelpreis des Friedens ausgezeichnet.** — Noch nie sind so schonungslos

die Verbrechen des Militarismus an den Pranger

gestellt, noch nie so packend und naturgetreu die Opfer und Verheerungen moderner Kriegsführung geschildert, noch nirgends in so grandiosem Stil so kraß und realistisch die einzelnen Phasen der Schlacht, die entsetzlichen Folgen des „Krieg" genannten Massenmords für die Menschheits-Kultur, Gemütsverrohung, Familienelend, Seuchen und Siechtum, finanzieller Ruin ganzer Generationen usw. hingemalt worden, wie in diesem Buch einer Frau, die darin dem tiefsten Empfinden von Millionen Ausdruck gab und die auch in den Herzen von Millionen begeisterten Widerhall findet.

Enorme Preisermäßigung!

Durch einen großen Abschluß sind wir in der Lage, das berühmte Werk, dessen zweibändige, nur etwas besser ausgestattete Ausgabe noch heute Mk. 6.— resp. Mk. 8.— kostet, für nur **60 Pfg. broschiert, in Leinen gebunden Mk. 1.—** anzubieten.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co., Johannisstr.

Die Maifestzeitung für 1912

ist erschienen und durch unsere Zeitungsausträger zu beziehen.

— Preis 10 Pfg. —

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 97. Donnerstag, den 25. April 1912. 19. Jahrg.

Das Arbeitermassaker in der sibirischen Tundra.

Die blutige Bestie des russischen Unternehmertums hat wieder unzählige Opfer gefordert. Der langwierige wirtschaftliche Kampf, den die Arbeiter in den Goldwäschereien Transbaikaliens schon seit Wochen gegen die grausame Exploitation des Kapitals geführt haben, hat nun mit einer blutigen Niedermetzelung der Streikenden geendet. Selbst die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur gibt die Zahl der Getöteten mit 107 und die der Verwundeten mit 80 Personen an. Wie hoch sich die Zahl der Opfer in Wirklichkeit beläuft, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis.

Der Ausstand der Arbeiter auf den Lenaer Goldbergwerken, an welchem zirka 7000 Personen teilgenommen haben, begann schon vor etwa sechs Wochen. Er war hervorgerufen durch den unerhörten Druck und die furchtbare Ausbeutung, welche die „Lenaer Goldindustriegesellschaft" gegen ihre zahlreichen Arbeiter zur Anwendung brachte. Diese Gesellschaft, die zu den reichsten Bergwerksgesellschaften Rußlands gehört, deren Ausbeute sich jährlich auf zwanzig Millionen Rubel beläuft, und die ein gewaltiges Gebiet, mit einer Eisenbahn, Dampfschiffen, Läden, Speichern usw. ihr eigen nennt, hatte im letzten Jahr die Exploitation der Arbeiter bis auf die Spitze getrieben. Sogar die offiziellen Regierungsberichte entrollen das Bild einer solchen Sklaverei, daß dagegen die Zustände in den Bergwerken und Fabriken des europäischen Rußlands wie ein Paradies erscheinen. Die Arbeiter sind vollständig in die Gewalt der Bergwerksgesellschaft gegeben, die ihnen bei sehr langer Arbeitszeit außerordentlich niedrige Löhne zahlt, ihnen die Preise für die Lebensmittel diktiert, Wohnung zuweist, sie mit einem Netz von Spitzeln umgibt und als unumschränkte Herrscherin jede Bewegungsfreiheit raubt. Der Mangel jeder weiteren Arbeitsgelegenheit in den wüsten sibirischen Tundren, die Abgeschnittenheit von dem Mutterlande zwingt die von der Not und Arbeitslosigkeit nach Sibirien getriebenen Arbeiter, sich der Diktatur der Bergwerksgesellschaft zu unterwerfen, deren Großaktionäre in Petersburg und London aus der Haut ihrer Arbeiter Riemen schneiden und jährlich fette Dividenden einheimsen. Die Gewaltherrschaft, die sich namentlich nach der Ankunft des Direktors Tepman bis ins ungemessene steigerte, hat endlich die Geduld der Bergsklaven zum Überlaufen gebracht. Anfang März setzte in den Goldwäschereien und Bergwerken eine regelrecht organisierte Lohnbewegung der Arbeiter ein, die in kurzer Zeit den gesamten Bezirk mit seinen mehr als 50 Unternehmungen ergriff. Das jetzt erfolgte Massaker ist die endgültige Antwort des mit der Staatsgewalt koalierten Kapitals auf die vollkommen friedliche Lohnbewegung der Arbeiter.

Wir schildern nachstehend die wichtigsten Momente dieses heroischen Kampfes auf Grund der telegraphischen Berichte der „Nowoje Wremja", die schwerlich in den Verdacht einer übergroßen Arbeiterfreundlichkeit gelangen kann. Gleich nach dem Ausbruch des Streiks schilderte der Spezialberichterstatter dieser Zeitung die Lage folgendermaßen: „Nachdem die Bergwerksgesellschaft die tatsächliche und juristische Besitzerin der Eisenbahnen und Wasserstraßen geworden und auch alle andern Zweige der kommerziellen Tätigkeit an sich gerissen und utilisiert hat, ist sie zugleich zur Beherrscherin des Arbeitsmarktes geworden, indem sie in diese gefährliche Sphäre bei dem An- und Verkauf die Lebensmittel und aller sonstigen Wirtschaftsgegenstände Willkür hineintrug. Auf dieser Grundlage brach am 13. März auf dem Andrejewschen Bergwerk Murren und Unzufriedenheit aus, die zur Einstellung der Arbeit führten. Die streikenden 900 Personen begründen die Arbeitseinstellung durch grobe Behandlung, durch falsche Lohnauszahlung, systematische Verweigerung rechtzeitiger medizinischer Hilfe, Lieferung von schlechtem Fleisch und Kwas, gesundheitsschädliche Bedingungen der Wohnhäuser, und verlangen eine Erhöhung des Arbeitslohnes usw. .... Die Hauptverwaltung in Petersburg lehnt alle Forderungen schroff ab und ersucht, die Unruhen mit Militärgewalt zu unterdrücken. Am 17. März ergreift der Streik alle Betriebe der Gesellschaft. Diese lehnt es aber ab, die Forderungen der Arbeiter auch nur zu prüfen. In der Perspektive erscheinen Hungersnot, Zerstörung der Bureaus und Einmischung des Militärs." Am 5. April telegraphiert derselbe Berichterstatter über einige Konzessionen, die die Gesellschaft zu machen bereit ist: „Dies alles bestätigt klar, daß die Gesellschaft die wesentlichen Interessen der Arbeiter ignoriert hat, und daß die Komplikationen während des Streiks infolge des Verschuldens der Gesellschaft, die sich erst jetzt zum Nachgeben bereit zeigt, bewußt geschaffen wurden. Das bessert aber kaum die allgemeine Lage. Am 30. März schrieb der Gouverneur auf Gesuch der Gesellschaft vor, die Arbeiter nach Kirensk, 800 Werst weit zu transportieren. Am folgenden Tage stellte der Bezirksingenieur die Ungesetzlichkeit der Handlungen der Gesellschaft fest. Die Hartnäckigkeit, mit welcher die Gesellschaft bestrebt ist, die Behörden zur Exmission der Arbeiter heranzuziehen, und ihr Wunsch, die Betriebe überhaupt einzustellen, drohen mit dem Ausbruch einer Revolte." Am 10. April telegraphierte er: „Die außerordentliche Sitzung des Bergwerkamtes, bestrebt um die schleunige Beilegung des verschärften Konfliktes, erkennt als einzigen Ausweg aus der geschaffenen Lage eine Erhöhung des Arbeitslohnes an. Bei der Androhung der Entlassung und der Forderung, den Streik einzustellen, haben die streikenden ultimativ 16 Forderungen gestellt. Die Gesellschaft hat kategorisch alle Forderungen abgelehnt und im Einvernehmen mit der Petersburger Verwaltung die Verhandlungen abgebrochen." Telegramm vom 13. April: „Der Generaldirektor der Gesellschaft weist darauf hin, daß der Streik ungeheure Verluste verursache, namentlich infolge der Frühlingsüberschwemmung der Werke. Um dem vorzubeugen, sei es unbedingt notwendig, den Streik selbst mit den Waffen in der Hand zu unterdrücken. Er erklärt sich einverstanden, sämtliche Arbeiter wieder einzustellen, falls die Arbeiten nicht später als am 14. April aufgenommen werden, er macht aber keinerlei Konzessionen. Die Arbeiter bestehen auf der Annahme ihrer Forderungen." Telegramm vom 14. April: „Die Lage hat sich verschärft. Die Streikenden zeigen eine aktive Hartnäckigkeit (?) Der Gouverneur hat den nach dem Streikgebiet kommandierten Gehilfen des Chefs der Gendarmerieverwaltung zu Irkutsk zum Kommandeur aller Polizeimannschaften auf den Werken ernannt." Telegramm vom 16. April: „Die Rechtsanwaltskonsulation in Irkutsk hat von 8000 Arbeitern im Streikgebiet folgendes Telegramm erhalten: „Wir bitten um juristischen Beistand. Der Arbeitsvertrag ist von der Gesellschaft umgestoßen. Wir bitten, sofort herzukommen, um die Lage kennen zu lernen." Telegramm vom 17. April: „Auf dem Theodosiabergwerke, dem reichsten Goldbergwerke, werden die Arbeiten unter militärischem Schutze vorgenommen. Die Arbeiter haben offenbar beschlossen, bis zur Eröffnung der Schiffahrt zu streiken. Die Lage ist äußerst kritisch. Man erwartet den Ausbruch einer Revolte." Dies ist das letzte Telegramm, das vor dem blutigen Massaker abgesandt wurde. Es zeigt in Verbindung mit den vorhergehenden, daß die Metzelei von den Unternehmern und den Behörden planmäßig vorbereitet wurden. Im letzten Augenblick wurden die Streikführer verhaftet. Die Arbeiter forderten ihre Freilassung, worauf das Militär die Antwort erteilte und scharfe Salven auf die wehrlose friedliche Masse abfeuerte. — Das Blut der Getöteten komme über die verbrecherischen Anstifter und Vollstrecker dieses fluchwürdigen Anschlages.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten

Berlin, den 24 April 1912.

45. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück, v. Heeringen, Kühn.

Die Wehrvorlagen.

Dritter Tag.

Dr. Gradnauer (SD.): Der Verlauf der Debatte über die Wehrvorlagen hat gezeigt, daß die Mehrheit dieses Hauses in vollem Umfange für sie eintritt; nur darüber besteht unter den Mehrheitsparteien Zweifel, ob sie die Vorlagen nicht noch über das Maß der Forderungen der Regierung ausgestalten sollen. Aber das Verständige ist nicht immer bei der Mehrheit, und hier vertritt die Sozialdemokratie die Politik der Vernunft und der Wohlfahrt des Volkes. Die Vorlagen werden bewilligt werden; aber deshalb erwächst die Frage, ob der Reichstag nicht bei dieser Gelegenheit, wo dem Volke neue Lasten für das Heer aufgebürdet werden, die Pflicht hat, darauf zu achten, daß Maßnahmen zur Ausgestaltung des Militärwesens in demokratischem Sinne getroffen werden. Die Konservativen und die Nationalliberalen sind ja von jeher recht eigentliche Rüstungsparteien gewesen, nur mit dem kleinen Unterschied, daß die Konservativen mehr Vorliebe für das Landheer haben, während die Nationalliberalen Landheer und Flotte mit gleicher Liebe umfassen. Daß die Konservativen, die Herren mit dem großen Landbesitz, sich mehr für das Landheer interessieren, hat sicherlich neben anderen auch noch den Grund, daß das Landheer für die grundbesitzende Klasse eine Versorgungsstelle allerersten Ranges bildet. (Lebh. sehr richtig! b. d. Soz.) Die neue Vorlage verlangt eine große Vermehrung der Offiziersstellen und damit eine bedeutende Verbesserung der Avancementsverhältnisse; wie sollten sich also die Konservativen dafür nicht interessieren! Aber die Vorlage verlangt auch eine Vermehrung der Marine. Zum ersten Male wird gleichzeitig mit einer Militärvorlage großen Umfanges eine Marinevorlage eingebracht. Früher wechselte das ab, jetzt mutet man dem Volke gleich beides auf einmal zu, und das eröffnet besondere Perspektiven für die Zukunft. Gegen die Sozialdemokratie wird von den Konservativen der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit erhoben. Kann es wohl eine schwerere Beleidigung und Beschimpfung geben? Aber von konservativer Seite läßt uns das außerordentlich kühl. Die konservative Partei ist wohl die allerletzte, anderen Belehrung über Vaterlandsliebe zu geben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es gibt

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(23. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Um ihn herum ist dann alles still, und man denkt Gott ist es, welcher durch den Mund dieses Jünglings spricht. Und was für ein Mund ist das! Man schaudert, wenn man an alle Scheußlichkeiten und Greuel denkt, welche derselbe vor drei Jahren auf dem Spielplatz der jungen Gefangenen gesprochen! Aber scheint es nicht fast wie ein Wunder, ist es nicht der glänzendste Beweis zugunsten der evangelischen Schulen? Um so mehr noch, da an Nikolaus noch einige Flecken der früheren Sünde haften, wie: Lügen, Naschhaftigkeit, Pflichtvergessenheit; oft hat man das erbauliche Schauspiel, die Kämpfe zu verfolgen, welche der gute und der böse Geist in diesem schlecht überfünchten Gewissen und in dieser Redeweise führen, aus welch letzterer der Prediger mit aller Anstrengung die Gaunerausdrücke der Sträflinge zu tilgen bemüht ist.

Neben diesem Phänomen ist Eline Ebsens Platz an den Tagen, an welchen sie im Schlosse frühstückt. Ihre Verhältnisse und die gottlose Heirat, welche sie eingehen wird, sind allen bekannt. Man weiß, daß die Kur ihrer Seele angefangen hat, aber daß bis jetzt das Übel allen Bemühungen trotzt. Und es gehören Frau Authemans Sanftmut und ihre unerschütterliche Geduld dazu, um solch' bösem Willen gegenüber die Behandlung fortzusetzen. Anna de Beuil hätte schon längst dieses für die Hölle bestimmte Wesen mit der Hundepeitsche aus dem Tempel gejagt. „Du willst brennen, Satan, nun wohl, so brenne! — —" Auch ist dieses J. B. Crouzats Ansicht.

Eline fühlt die Feindseligkeit, welche sie umgibt. Niemand spricht mit ihr, niemand läßt sich herbei sich mit ihr abzugeben, außer um ihr wütende oder verächtliche Blicke zuzuwerfen. Sogar von dem stummen Gesichte des Kirchendieners, welcher bei Tische aufwartet, beugt Eline eingeschüchtert ihr Haupt, da sie allen diesen gottgeweihten Personen gegenüber im tiefsten Innern ihre Unwürdigkeit fühlt. Und dennoch empfindet sie bei diesen langen Frühstücken in Port-des Heils, bei den Klostergerichten, bei dem gekochten Fleische, bei dem in Wasser zubereiteten Gemüse, bei den gebackenen Pflaumen, bei der Feierlichkeit dieser langen Tafel mit den weit von einander entfernten Gedecken, etwas Ernstes und Heiliges, was sie fromm bewegt; es scheint ihr, als ob sie, die Unwürdige, bei dem Abendmahle des Heilands selbst zugegen wäre. Sie liebt diese Unterhaltung, von der sie ausgeschlossen ist, dieses mystische Wörterbuch, welches von oben herab bildliche Wörter wie: Weinberg, Zelt, Herde, oder abstraktere Ausdrücke wie: Prüfungen, Buße, Sturm der Wüste, Hauch des Geistes, fallen läßt. Sie interessiert sich für eine Menge Dinge, die sie nicht kennt, welche man vor ihr erörtert, ohne daß sie daran teilnehmen darf, für das Werk, die Arbeiterinnen, für jene geheimnisvolle Zufluchtsstätte, in welche sie noch nie eingedrungen war, auch für die fromme Chronik der Umgegend, für den sittlichen Zustand in dieser oder jener Familie.

„Ich bin zufrieden mit Gelinot — — —. Die Gnade Gottes wirkt — —," sagt Anna de Beuil, welche ihre spähenden Augen nicht nur an allen Ecken des Dorfes hat, sondern auch in einem Umkreise von zehn Meilen. — — Oder: „Mit Baraquin gehts zurück — —, jetzt fängt er wieder an, nicht mehr zu dem Gottesdienste zu kommen — —." Darauf folgt dann ein heftiger Angriff gegen die schlechten Christen, die Abtrünnigen, die Renegaten, welche wie Schweine in dem Schmutze ihrer Sünden wühlen.

Eline weiß wohl, daß diese zarte Anspielung ihr gilt, obgleich es schwer sein würde, eine Ähnlichkeit zwischen jenen biblischen Tieren und diesem Scham überzogenen, sanften, keuschen Profil zu konstatieren, das bis an die Stirne unter der Fülle der blonden Haare errötete. „Anna, Anna, wir dürfen die Sünder nicht entmutigen — — —." Und mit einer Gebärde beruhigt Frau Autheman die Sektiererin, beruhigt sie mit der unendlichen Sanftmut Jesu, als er Simon, den Pharisäer, tadelte. Dann, immer ganz ruhig, mit gemessenen Bewegungen essend und trinkend, spricht sie lange und viel mit jener überzeugenden Stimme, welche J. B. Crouzat vor Bewunderung fast zittern macht, und welche die arme Eline einwiegt, sie in einen mystischen Traum, in eine goldene Glorie entführt, in der sie verschwinden und vergehen möchte, wie eine Eintagsfliege in der Sonne.

Aber woran liegt es, daß dieses so lenksame junge Mädchen, diese weiche empfindliche Natur, welche ganz erregt in Tränen ausbricht, wenn man ihr die ungeheuere Größe der Sünde zeigt, sich so lange, so hartnäckig gegen einen bestimmten Entschluß auflehnt. Sie kommt jetzt schon beinahe einen Monat nach Port-des-Heils, und die Präsidentin ist erstaunt, noch so wenig erreicht zu haben. Hat Anna de Beuil vielleicht recht? Sollte der Böse wirklich über diese in vielen Beziehungen für das Werk kostbare Seele triumphieren? Frau Autheman fängt an es zu befürchten, und heute morgen, als sie Schlag elf Uhr in dem Saale erschien und Eline nicht demütig an ihrem Platze stehend fand wie sonst, sagte sie sich: „Es ist zu Ende — — sie wird nicht wiederkommen — —". Aber da öffnet sich die Tür, das junge Mädchen tritt ein, ganz belebt und trotz ihrer Verspätung mit festem Blick unter den von Tränen geschwollenen Augenlidern. Sie erzählte dann ganz ruhig, daß eine Störung auf der Bahn und dadurch eine Viertelstunde Aufenthalt in Choisy gewesen wäre, sie setzt sich an ihren Platz und bittet den Diener ohne jede Scheu um Brot. Man plaudert, sie mischt sich ungezwungen und mit Sicherheit in die Unterhaltung, erwähnt dabei die Worte Zelt, Weinberg, Herde, ganz wie Eingeweihte und wurde erst verwirrt, als Anna de Beuil sie mit ihrem doggenartigen Ausdruck fragte:

„Was sind denn das für Leute, die da an der Schleuse wohnen? — Die Frau ist gestern mit dem Wagen angekommen . . . Sie scheint sehr unverschämt zu sein und sieht jedem in die Augen — — sie hatte ein Kind an der Hand, die Schwester des kleinen Maurice, wie es scheint. — — Wieder eine Brut für den Pfarrer!"

Eline erbleicht, eine Flut von Tränen steigt in ihre Augen. Fanny, ihr Kind, ist dort, so nahe! — — Unter ihren niedergeschlagenen Augen sieht sie gleichsam das niedliche schmächtige Köpfchen, die glatten, zarten und weichen Haare, die mit einem Bande zusammengebunden . . . Ach! Mein Schatz. —

Da plötzlich röchelt neben ihr, das Schweigen der bestürzten Tafelrunde unterbrechend, die Stimme eines Sträflings:

„Der Bengel an der Schleuse? — — — O, der Schwächling! — — Heute früh hab' ich ihm eine tüchtige Tracht Prügel gegeben, dem Schandbuben. — dem!"

Es ist der Hauch des Bösen, welcher aus dem Munde des jungen Nicolaus entweicht. Der Unglückliche scheint selbst ganz erschrocken zu sein über das, was er eben gesagt hat, und auf seinem aufgedunsenen, verzerrten und bläulichen Gesichte, das aussah, als hätte er sich verschluckt, verfolgt man nun mit Angst den sichtbaren Kampf zwischen dem bösen und dem guten Geiste. Endlich befreit sich der junge Schelm, indem er einen tüchtigen Schluck nimmt, und mit einem tiefen Seufzer der Erleichterung beginnt er einen Vers aus den Predigten Salomonis:

„Meine Seele ist gesättigt wie von Fett und Mark, mein Mund lobt Dich mit einem Gesange der Dankbarkeit —".

Halleluja! Der Satan ist noch einmal besiegt. Ein befriedigtes Seufzen rings um die ganze Tafel bestätigt es; und bei dem Lärm des eben vorüberlaufenden Mittagszuges

zweierlei Patrioten, die einen, die sich Verdienste um das Vaterland erwerben, und die anderen, die sich Verdienst aus dem Vaterland machen, und das haben die Konservativen in reichem Maße getan. (Zust. b. d. Soz. Die Kreise, die sich zahlreiche Vorteile in der Armee gesichert haben, die durch die Wirtschaftspolitik ungemessene Reichtümer in ihre Scheuern führen, sollten bei sich Einkehr halten über Vaterlandsliebe. Der Abg. Gans Edler zu Putlitz hat in sehr pathetischer Weise gestern über den deutschen Geist gesprochen. Wenn Konservative darüber sprechen, muß ich immer an das Wort in den Denkwürdigkeiten des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe denken: „Wenn ich so neben den preußischen Exzellenzen sitze, so fühle ich den ganzen Unterschied zwischen Nord und Süd; diese Herren pfeifen auf das Reich". Wer so selbst von einem Reichskanzler, wie dem Fürsten Hohenlohe, beurteilt wird, hat nicht so sehr Veranlassung, anderen über den deutschen Geist Vorlesungen zu halten. Der Abg. Gans Edler zu Putlitz sprach ferner aus, die Sozialdemokratie schädige in der Jugend den Geist, der Siege erficht. Wir Sozialdemokraten haben den lebhaften Wunsch, daß die Jugend körperlich und geistig so erzogen werde, daß sie gekräftigt, daß sie mutig, daß sie tapfer ist, um allen Gefahren gewachsen zu sein. Eine solche Jugenderziehung, die stark darauf hinzielt, in die jungen Köpfe Kriegshetzereien hineinzubringen, sie zur Überhebung anderen Nationen gegenüber zu erziehen, eine solche Jugenderziehung lehnen wir ab. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.) Was die Nationalliberalen anbetrifft, so bedeutet für sie diese Wehrvorlage gewissermaßen ein Parteitriumph. Bei ihren vielen inneren Schwierigkeiten wird ihnen das gewiß sehr angenehm sein, daß sie wenigstens in dieser Frage geschlossen dastehen. Die Nationalliberalen sind gewissermaßen die Geburtshelfer der neuen Militärvorlage, waren sie es doch vor allem, die die Vorlage vom vorigen Jahre seinerzeit als viel zu niedrig bezeichneten. Früher warteten sie wenigstens noch die Initiative der Regierung ab, jetzt sind sie sogar päpstlicher als der Papst, militärischer als die Militärverwaltung. Herr Bassermann meinte, hinter dieser Vorlage stände mit Begeisterung das ganze deutsche Volk. Tatsächlich gibt es aber doch viele Millionen erwachsener Männer im Deutschen Reich, die ganz anderer Auffassung sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist doch sehr interessant, daß gerade Herr Goerke, der eifrigste nationalliberale Treiber einer Verstärkung der Wehrmacht, auf der Strecke geblieben ist, wie ja die Nationalliberalen überhaupt bei den letzten Wahlen keineswegs sehr gut abgeschnitten haben, trotzdem sie alles aufgeboten haben, um damals schon die Bevölkerung mit allen Mitteln amerikanischer Reklame in einen nationalliberalen Rausch zu versetzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Spahn meinte neulich, wenn die Sozialdemokratie gegen Angriffe von außen mitwirken wolle, solle sie auch die logische Folgerung ziehen und für die Militärvorlage eintreten. Ich erinnere gegenüber Herrn Spahn daran, daß das Zentrum früher gleichfalls sehr häufig Militärvorlagen abgelehnt hat, obwohl es doch auch für sich in Anspruch nimmt, es an Vaterlandsliebe nicht fehlen zu lassen. 1893 sagte der verstorbene Zentrumsabgeordnete Lieber gegenüber der großen Caprivischen Militärvorlage, man müsse staunen, wie wenig Vertrauen in unsere eigene Stärke und die unserer Bundesgenossen gesetzt werde und doch sei allgemein anerkannt, daß namentlich die kriegerische Stärke Österreichs sehr bedeutend sei. 1890 habe alle Welt angenommen, nun wäre ein Abschluß erreicht. Auf Grund dieser Anschauungen lehnte das Zentrum 1893 die Militärvorlage ab. Es kam zur Reichstagsauflösung, und am 8. Juli erklärte Herr Gröber im neuen Reichstag, das Zentrum könne auch jetzt keine andere Stellung einnehmen, als im vorigen Reichstag, es sei nicht überzeugt, daß eine Vermehrung der Friedenspräsenzstärke wirtschaftlich und politisch notwendig sei. Im Laufe der Jahre ist aber das Zentrum in der Bewilligung eifriger geworden in demselben Maße, wie seine Macht und sein Einfluß auf die Regierung gestiegen sind. Immerhin erklärte noch 1904 Abg. Müller-Fulda: „Größere Erhöhungen der Heeresstärke sind von jetzt ab überhaupt nicht mehr möglich. (Hört, hört! bei den Soz.) 1906 machte das Zentrum dann noch einmal ein wenig Opposition wegen ein paar Millionen für Kolonialtruppen. Es war allerdings eine Opposition aus Versehen, die Herren hatten nicht geglaubt, daß Bülow mit Ernst an eine Reichstagsauflösung denke. Aber seitdem dann ihre Zeit wiedergekommen ist, sind sie bereit, an Militärvorlagen alles zu schlucken. Damals große Aufregung wegen ein paar Millionen, heute, wo es sich um Hunderte von Millionen handelt, ist das Zentrum absolute Regierungspartei. (Sehr wahr bei den Soz.) Dabei finden wir unter einem Aufruf zur Gründung eines Verbandes für internationale Verständigung auch die Namen bekannter Zentrumsleute, wie Dr. Bachem, Dr. Spahn, Trimborn u. a. Glauben die Herren im Ernst, daß sich eine internationale Verständigung durch Bewilligung neuer Militärvorlagen erreichen läßt. Für die Fortschrittliche Volkspartei hat ja gestern Herr Dr. Müller-Meiningen ein lebhaftes Wortfeuerwerk losgelassen, aber hinter all seinen großen und effektvollen Worten trat doch deutlich die Bereitwilligkeit seiner Partei hervor, auf den Boden der Regierungsvorlage zu treten. Die Herren haben sich auf diese Weise bereits den Beifall des Freiherrn v. Gamp erworben. Während sich die Fortschrittliche Volkspartei in der Frage der Erbschaftssteuer als gelehrige Schülerin der Sozialdemokratie erwiesen hat, hat sie sich auf der anderen Seite von dem nationalliberalen Rausch unseres Zeitalters benebeln lassen. Sie betet heute in Militärfragen das an, was sie früher verbrannt hat. Aber es gibt in den Reihen der Fortschrittlichen Volkspartei auch andere Meinungen, so hat erst kurz vor den Reichstagswahlen der alte Führer der Partei, Schrader, sich gegen neue Rüstungen ausgesprochen. (Hört, hört! bei den Soz.) Es ist eine sehr billige Methode, zur Begründung neuer Rüstungen immer auf den Chauvinismus anderer Länder hinzuweisen. Die Ursachen liegen tiefer. Wirtschaftliche Gründe verlangen vielmehr die Rüstungen. Die Staaten sind immer mehr Industriestaaten geworden und infolge der Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise wird eine Überproduktion herbeigeführt, die die Industrie zur Ausfuhr drängt. Sonst die Konkurrenz auf dem Weltmarkt eine immer heftigere geworden, und die Folge dieser Sucht des Kapitals ist die Neigung, fremde Gebiete zu usurpieren. Dazu kommen unklare Phantastereien der Siedelungsleute, die von dem Gespenst der Überbevölkerung verfolgt, täglich vor der Landkarte sitzen und Eroberungen mit dem Blaustift machen. Schließlich und nicht zum wenigsten werden die Reibereien verursacht durch die Lieferanten von Armee und Marine, die auch einen Teil der Presse beherrschen. So sind die Staaten in die gegenseitigen Eifersüchteleien des Industrie- und Bankkapitals hineingezogen worden und mit besonderem Eifer hat Deutschland eine aggressive und herausfordernde Weltpolitik getrieben. Geradezu romantische Vorstellungen haben weite Kreise ergriffen und der deutsche Kaiser hat sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt. Dadurch wurde das Mißtrauen Englands wachgerufen, und es mußte gesteigert werden durch die Art, wie die Staatsgewalt zugunsten des Großkapitals gearbeitet hat. Von dem Telegramm an Ohm Krüger bis zum Panthersprung nach Agadir war die ganze auswärtige Politik eine Politik der Unsicherheit und des Tastens, eine Politik ohne klares Ziel. Das ist aber gerade in der auswärtigen Politik gefährlich. (Sehr richtig! b. d. Soz.) So sind alle Jahre Konflikte aufgetaucht, die die Völker bis an den Abgrund des Krieges getrieben haben. Freilich, wenn es so weit gekommen ist, erfaßt die Beteiligten ein Grauen. Das alles erklärt den gegenwärtigen Zustand. Auch bei den letzten Verhandlungen über Marokko wurde gesagt, sie würden einen Ausgleich mit Frankreich bringen. Tatsächlich besteht die Eifersüchtelei nach wie vor. Bassermann verwies auf den französischen Chauvinismus. Nun in Frankreich ist auch eine starke Friedensbewegung vorhanden, und unser Genosse Jaurès ist jeder chauvinistischen Agitation mit Entschiedenheit und nicht ohne Erfolg entgegengetreten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gerade die nationalliberale Presse und die ihr nahe stehenden Kriegsschwärmer und Kriegshetzer treiben ein böses Spiel und tun so, als müßten wir die halbe Welt erobern. Das ist ein unbesonnenes Treiben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) So wird Mißtrauen gegen uns erregt und der Völkerhaß geschürt. Man braucht sich daher nicht zu wundern, daß im Ausland Mißtrauen um sich greift, wenn jetzt diese neuen Vorlagen gekommen sind. Diese Hetzereien sind um so schlimmer geworden, seitdem diese Leute gesehen haben, daß sie ihre Forderungen aus eigener Tasche nicht zu bezahlen brauchen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Kanzler hat sich sehr leise gegen diese Überpatrioten gewendet. Er hätte ein einfaches Mittel, sie bescheidener zu machen. Er brauchte nur eine kräftige Erbschaftssteuer vorzuschlagen oder auch nur nach dem Vorschlag Bebels aus diesen Schreiern eine besondere Kriegsbrigade bilden, die als erste gegen den Feind marschieren müßte. Die sanften Ermahnungen, man solle nicht zu viel Skandal machen, bedeuten gar nichts. Nun klang aus den Reden der letzten Tage heraus, daß so große Opfer gar nicht von uns verlangt würden, wenn nicht Frankreich und England ihre Wehrmacht verstärkt hätten. In Wirklichkeit ist Deutschlands Armee auch ohne die jetzige Wehrvorlage die stärkste der Welt. Jede Familie trägt 120 Mark jährlich zu den Kosten unserer Rüstungen bei. Das sind doch geradezu kolossale Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Klassen. Der Kanzler verwies auf andere Länder. Aber in England herrscht ein ganz anderes Steuersystem, da tragen die reichen Leute den größten Teil der Kosten. Im übrigen leugnen wir Sozialdemokraten nicht, daß die anderen Völker ebenso Imperialismus treiben wie wir, denn es handelt sich hier nicht um eine nationale, sondern internationale Frage ersten Ranges. Was könnte mit den Milliarden, die in Europa alljährlich für Heer und Marine ausgegeben werden, an Kulturaufgaben gelöst werden! (Sehr richtig! bei den Soz.) Wieviel Elend ließe sich mit diesen Summen mildern! Eine großartige Wohnungsfürsorge und ein weitgehender Säuglingsschutz ließen sich durchführen. Auf dem Gebiet der Jugendfürsorge harrt unserer noch ein großes Kulturproblem: die Nutzbarmachung der höheren Schulen für alle Begabten. Jede Vorlage soll dem Frieden dienen. Genau so sprechen die anderen Länder. Bei uns sagt man: dort sitzen die Chauvinisten! Und die anderen Völker sagen, daß die Deutschen kriegslustig seien. So wird stets fortgerüstet. Die neue Marinevorlage wird ja wieder mit einer englischen Flottenvorlage beantwortet. Wie soll dadurch der Frieden gesichert werden! Würden die Rüstungen uns sichern, so müßten wir schon ganz sicher sein. Tatsächlich ist die Weltlage um so bedrohlicher, je mehr wir gerüstet haben. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Darum verlangen wir einen Halt auf dieser gefährlichen Bahn. Der bewaffnete Frieden ist kein wirklicher Frieden, sondern birgt viele Gefahren in sich. Wir wollen nicht rüsten, um den Frieden zu sichern, sondern wir wollen, daß alles getan wird, um eine friedliche Verständigung unter den Völkern herbeizuführen. (Zust. b. d. Soz.) Wir würden es im höchsten Maße bedauern, wenn die Verhandlungen mit England wirklich auf einem toten Punkte angelangt wären. Wir verlangen darüber Auskunft vom Regierungstisch. Bassermann hat gestern verlangt, daß durch die Verhandlungen mit England ein dicker Strich gemacht werden solle, weil England nicht nur mit uns, sondern auch mit anderen Ländern verhandelt habe. Ich bedaure, daß der nationalliberale Führer eine so durchaus ernste Sache in so leichter Weise abgetan hat. Wir begrüßen es, wenn solche Verhandlungen auch mit anderen Staaten geführt werden. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.) Auch die erste Haager Konferenz hat eine Beschränkung der militärischen Lasten für höchst wünschenswert erklärt, und diese Erklärung ist von der deutschen Regierung mit unterzeichnet worden. Sind das alles leere Redensarten gewesen? England hat wiederholt solche Angebote an Deutschland gemacht, aber Deutschland hat sie noch immer zurückgewiesen. Die Reichstagsmehrheit hat eine Resolution beschlossen, die immerhin ein wenig unserem Standpunkt Rechnung trägt. Statt dessen kommt die Regierung mit einer Wehrvorlage, die nur Mißtrauen erzeugen und provozierend wirken kann. Es ist eine der schlimmsten und furchtbarsten Tatsachen, daß die drei Weststaaten sich so feindlich gegenüberstehen, die so Großes für die menschliche Kultur geleistet haben. Es wäre die größte und schönste Aufgabe, die man sich stellen könnte, würde es gelingen, diese drei Großstaaten zu einigen. Die Völker wollen den Frieden. (Bravo b. d. Soz.) Einige Worte über die Deckungsfrage. Mit einer besonderen Kommission zur Beratung des Branntweinsteuergesetzes sind wir einverstanden. Wir sehen auch den vom Abg. Bassermann angekündigten Deckungsvorschlägen entgegen, denn die Art und Weise, wie diese neuen Lasten bezahlt werden sollen, erscheint uns skandalös. Der Reichskanzler hat sich in den Heeresfragen vor den nationalistischen Strömungen und in den Finanzfragen vor dem Zentrum gebeugt, da er keine wirklichen Besitzsteuern haben will. Die Vorschläge des jetzigen Schatzsekretärs Kühn sind keine Deckung für die neuen Vorlagen, sondern einfach eine Schiebung mit Zahlen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das wesentliche an dem jetzigen Verfahren ist, daß die neuen schweren Lasten wiederum aus Zöllen und Verbrauchssteuern in erster Linie bezahlt werden sollen. Diese bedürfen gar keiner Bewilligung der Parlamente, sie steigen automatisch, wenn die wirtschaftliche Entwicklung aufwärts geht. Die 30 Millionen Zölle, die im Vorjahre durch die Dürre entstanden sind, haben die Reichskasse auf Grund des Elends des Volkes gefüllt. In England ruhen diese schweren Steuerlasten hauptsächlich auf den Leistungsfähigen. Nun seien Sie doch auch opferwillig, die Herren vom Zentrum, von der konservativen Partei, die besitzenden Klassen, rufen wir. Wie wäre es denn, wenn die Fürstenhäuser die Privilegien, die sie genießen, aufgeben würden? Es ist doch geradezu eine Schmach und Schande für die besitzenden Klassen, daß sie sich jahraus jahrein immer wieder mahnen lassen müssen, ob sie denn nicht endlich etwas bezahlen wollen. Der Reichskanzler sprach von dem geringen Ertrag der Erbanfallsteuer; es ließen sich aber mit Leichtigkeit statt 60 Millionen 200 bis 300 Millionen aus dieser Steuer erzielen. Die Herren rivalisieren so eifrig mit England in bezug auf die Schiffsbauten. Rivalisieren Sie doch auch einmal mit England in bezug auf das Bezahlen! England bringt weit über 500 Millionen Mark durch die Erbschaftssteuer auf. Herr von Bethmann-Hollweg will diese Steuer nicht mit der Sozialdemokratie machen. Selbstverständlich bewilligen wir keine Steuern für Vorlagen, die wir für höchst schädlich und gefährlich halten. Machen Sie Militärvorlagen, so müssen Sie auch für die nötige Deckung sorgen. Den angekündigten Anträgen des Herrn Bassermann in der Kommission sehen wir mit Spannung entgegen und werden daraus die Konsequenzen zu ziehen wissen. Wenn das Reichsschatzamt wirklich so große Überschüsse hat,

---

erhebt sich jeder, legt seine Serviette zusammen und preist den Ewigen.

„Wirklich? — — — ist es wahr? — — — Ach, teures Kind, ich muß Dich küssen für diese gute Nachricht —".

Es ist die kalte Johanna Autheman, welche Eline mit Entzücken an sich drückt und sie mit sich zieht: „Komm schnell, um mir dies alles zu erzählen —". An der Türe des kleinen Salons besinnt sie sich: „Nein — — nach der Zufluchtsstätte — — da sind wir besser aufgehoben — —."

Nach der „Zufluchtsstätte"! — — Welche Ehre für Lina! . . .

Auf der von der Sonne beschienenen Freitreppe, wo die Nonnenkragen scharfe Schatten warfen, hält Anna de Beuil ihre Herrin im Gehen auf:

„Baraquin ist da."

„Sprich Du mit ihm — ich habe keine Zeit —", dann ganz leise mit einem stummen aber vielsagenden Lächeln: „Sie ist gerettet —", und Frau Autheman entfernt sich am Arme Elinens, während ihre Helferin den alten Schiffer ins Verhör nimmt, welcher von der Bank, auf der er wartete, aufgestanden ist, die Mütze in der einen Hand, während er mit der andern seinen harten Schädel kratzt, der feucht und abgerundet wie ein Stein am Meeresufer . . .

„Warum kommen Sie nicht mehr in die Versammlungen, Baraquin?"

„Ich werd's Ihnen sagen —".

Er folgt mit einem bedauernden Blicke dem schwarzen Kleide, welches bei einer Biegung der Allee verschwindet, wohl wissend, daß er eher mit der Evangelistin selbst fertig werden könnte, als mit diesem alten Wolfe in weißer Leinenhaube.

— „'s ist sicher, daß Frau Authemans Religion so viel wert ist wie eine andere und daß es keinen Pfarrer gibt, der seine Messe so schön liest wie sie. Aber was wollen Sie?"

Und der Alte erzählt, daß er im Streite mit seinen Kindern, welche in einem kleinen entfernteren Orte wohnen, wo's keinen reformierten Gottesdienst gibt, — sie zögen ihn nach ihrer Kirche, und offen gestanden muß er wohl sagen, daß vergangenen Sonntag, als er bei dem lieben Gott von Jovisy eintrat, die Kerzen, die Vergoldungen, die schöne heilige Jungfrau, kurz alles, es ihm dem armen Vater förmlich angetan hätte.

Es ist nicht das erstemal, daß der alte Baraquin diese Komödie spielt, um wieder vierzig Francs und einen neuen Rock zu erschwindeln. Anna de Beuil sträubt sich; nichts ist drolliger zu sehen, als wie die beiden, Bauer gegen Bäuerin, sich gegenseitig überlisten wollen, und zu hören, wie sie ähnlich wie auf dem Markte zu Sceaux, um diese alte verknöcherte Seele feilschen, welche wahrlich des Geldes nicht wert ist. — Aber welcher Triumph wäre es für den Pfarrer, wenn Baraquin zu seiner früheren Religion zurückkehrte!

Dennoch läßt sie ihn fortgehen, mit gekrümmtem Rücken, wimmernd und seitwärts schielend; es war ein unbefriedigender Ausgang des Handels. Da inmitten der Freitreppe rief ihn Anna de Beuil zurück:

„Baraquin."

„Was wünschen Sie?"

Und sie steigt vor ihm die drei Stufen, welche nach dem kleinen grünen Salon führen, in die Höhe. Als der Bauer an dem jungen Nicolaus, welcher stummer Zeuge dieser Szene war, vorbeiging, blinzelte er ihm zu, und der andere murmelte, die Augen verdrehend und den Kopf auf die Schulter neigend, in einem scheinheiligen Tone diesen, der Situation so entsprechenden Vers: „Ich habe Deine Sünden von Dir genommen und Dich bekleidet mit neuen Kleidern." Dann, als er allein war, legt er seine heuchlerische Maske ab und schlendert pfeifend, die Hände in den Taschen, über den hohen Steg der Bahn, wo der Schatten seiner hageren und verlotterten Gassenbubengestalt sich einen Augenblick abhebt.

Seit einem Monate, wo Eline nach Port-des-Heiles kam, kannte sie weiter nichts von der Besitzung als das Gartenbeet mit seinen Rabatten in Form von Blumenkörben, die Treppe „Gabriele", und die Hagebuchenhecke, welche einen langen, lichtvollen Durchblick nach der Kirche und den Schulen hin gewährte, deren weiße Gebäude man im Hintergrunde erkannte. In diesen Hagebuchengang hatte sie Frau Autheman in der letzten Zeit täglich geführt, um sie in der Religion zu unterrichten und ihr die Folgen der gottlosen Heirat vorzustellen: „Gott wird Dich in Deiner Mutter, in Deinen Kindern strafen . . . Dein Gesicht wird wie das Antlitz Hiobs mit den Spuren der Tränen bedeckt sein."

Die arme Kleine sträubte sich, berief sich auf ihr gegebenes Wort, auf das Mitleid für die mutterlosen Kinder und kehrte gebrochen und unschlüssig nach Hause zurück, um zwei Tage später den traurigen Spaziergang in der duftenden und singenden Hagebuchenallee wieder zu beginnen, wo die Sonne das Astwerk durchleuchtete, welches die schwarzen Kleider im Gehen aufzuraffen schien, während die Evangelistin vom Tode, von himmlischer Buße sprach, und Lina fühlte, daß durch ihre geöffneten und zerrissenen Adern alle Kraft, aller Glaube an das Glück entströmte. Diesmal ging Frau Autheman weiter mit ihr als gewöhnlich, durchschritt den ganzen Park mit seinem rautenförmigen geraden Holzschlag, seinen geharkten, wohlgepflegten Alleen, an welche sich der prachtvolle französische Garten anschließt, mit seinen gestutzten, Säulenhallen bildenden Hecken, mit kugelförmigem Buchsbäumen, vasenförmigem Taxus, der sich bemühte, den Marmor nachzuahmen und mit Epheu und Bärenklau umrankt war.

Johanna schwieg und stützte sich auf den Arm der Neubekehrten, welche innerlich ganz bewegt war von dem feierlichen Schweigen, welches nur durch das Rascheln ihrer Kleider oder von dem Knacken der kleinen Zweige, welche Johanna in ihrem Ordnungssinn beim Vorübergehen abbrach, unterbrochen wurde. Ein Gitter, dessen verrostetes Eisen unter der Hand Johanna Authemans knirschte, hielt sie einen Augenblick auf; und dann änderte sich das Bild, die Besitzung schien wieder ländlich und frei, mit Gras bewachsene Alleen wurden sichtbar, erzitternde Birkengruppen am Rande der mit rötlichen Blumen bedeckten Wiesen, lebende Hecken voll singender Vögel, Buchen und Eichen, deren Stämme mit Moos bedeckt sind, und die noch auf die alte forstwirtschaftliche Kultur deuten. In der Mitte einer Waldlichtung stand ein Schweizerhaus aus Tannenholz, ein richtiges Schweizerhaus mit der äußeren Treppe, mit kleinen in Blei eingefaßten Fensterscheiben, geschnitzter Veranda, die sich unter dem langgesenkten Dache, welches mit großen Steinen gegen die Gebirgsstürme geschützt ist, hinzieht.

(Fortsetzung folgt.)

weshalb war denn für die notleidenden Tabakarbeiter kein Geld da? Warum wird die Altersgrenze nicht vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt? Dafür ist kein Geld da, aber für den Militarismus wird es zum Fenster hinausgeworfen. Es ist eine Anstandspflicht des Reichstags, diese sozialpolitischen Forderungen zu erfüllen. Tut er es nicht, so wird eine neue Erbitterung sich des Volkes bemächtigen. Im einzelnen verlangen wir die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Kavallerie und die reitende Feldartillerie. Die dreijährige Dienstzeit ist ein Unrecht vor allem für die Söhne unserer bäuerlichen Bevölkerung. In Frankreich ist diese Forderung durchgeführt. Unser eigentliches Ziel aber bleibt die Durchführung des großen Scharnhorstschen Gedankens der Wehrhaftmachung des ganzen wehrfähigen Volkes. (Bravo! b. d. Soz.) Eine sehr aktuelle Forderung ist auch die Herabsetzung der zweijährigen Dienstzeit der Infanterie auf 1 Jahr. Unsere ganze Bevölkerung ist in ihrer Intelligenz so gestiegen, daß die einjährige Dienstzeit möglich ist, ohne die militärische Ausbildung zu gefährden. Aber man fürchtet, es könnte mit der kürzeren Dienstzeit ein neuer freierer Geist in das Heer einziehen. Wir haben eine völlig abgeschlossene Offizierskaste. Die Offiziersstellen sind einer kleinen Schicht vorbehalten. Nur die soziale Stellung und die konservative Gesinnung ermöglichen die Einrückung in eine solche Stelle. In einer weltfremden Erziehung werden die jungen Leute mit besonderen Ehrbegriffen ausgestattet, ohne Kenntnis vom Leben und den Menschen. Es sind nicht einmal die Militärtüchtigsten, die in diese Stellung gelangen. Ein gewöhnlicher Sterblicher muß schon große Heldentaten vor dem Feinde aufzuweisen haben, um in eine Offiziersstelle zu kommen. Wir wollen jedenfalls, daß die Armee umgewandelt wird zu einem wirklichen Volksheer mit einem freiheitlichen Geist. Zwei Programme liegen vor. Sie von der Mehrheit wollen die Völkergegensätze vermehren, wir aber wünschen die Verständigung unter den Völkern. Sie wollen dem Volke neue Lasten auferlegen, wir wollen die Besitzenden belasten. Wir überlassen die Entscheidung über diese beiden Programme mit gutem Gewissen dem deutschen Volk. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Erzberger (Z.): Die Veranlassung zu den Wehrvorlagen liegt in den weltpolitischen Ereignissen des letzten Sommers. Selbst der „Vorwärts" hat zugeben müssen, daß in Frankreich zurzeit eine chauvinistische Strömung vorherrscht. Selbst der Antimilitarist Herve hat sich für die Schaffung einer starken französischen Landarmee ausgesprochen. (Widerspruch des Abg. Dr. Liebknecht.) Ein schwaches Deutschland war noch immer der Ausgangspunkt europäischer Verwicklungen. Daher müssen wir Deutschland zu Wasser und zu Lande stark erhalten. Jeder Vernünftige will eine Verständigung unter den Völkern. Aber auf die englischen Locktöne geben wir nicht all zuviel. Die Gewerkschaften rüsten ja auch nicht ab. (Lachen bei den Soz.) Gewiß haben wir früher in Militärfragen opponiert. Aber das Volk hat sich dann gegen die Opposition entschieden. Im übrigen werden wir alles genau prüfen. Eine Miliz würde noch mehr kosten. Auch auf das Urteil verabschiedeter Offiziere, die in der Front standen, darf kein zu großes Gewicht gelegt werden. Wir halten uns an das, was die verantwortlichen Staatsmänner hier vor dem Reichstage erklären. Dies Vertrauen zur Heeresverwaltung enthebt uns aber nicht der Pflicht gewissenhafter Prüfung. — Mit besonderer Genugtuung begrüße ich den Ausbau unseres Flugwesens. Herr Abg. Haase hat es geradezu als ein Verbrechen dargestellt, daß man eine Nationalspende dazu veranstalten will. Eine Partei, die selbst so oft zu dem Klingelbeutel für ihre Zwecke greift, sollte doch nicht so böse sein, wenn das zu einem nationalen Zweck geschieht. Im übrigen danke ich dem Abg. Haase für seine unfreiwillige Propaganda für diese Spende. (Lachen bei den Soz.) Gute Offiziere sind mehr wert, als eine größere Zahl Soldaten. Aber auch bei den Offizieren tut es die Zahl nicht, und ich weiß jetzt noch nicht, ob die starke Vermehrung der Offiziere, welche die Vorlage fordert, gerechtfertigt werden kann. Auffallend ist, wie wenig in der Vorlage geschehen ist für die unteren Chargen, für unsere Zahlmeister und Unteroffiziere gegenüber den Offizieren. Mit allem Nachdruck müssen wir auch darauf bestehen, daß die Erhöhung der Mannschaftslöhne schon zum 1. Oktober 1912 eintreten soll. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Nun zur Flottenvorlage. Ein Luxus ist unsere Flotte sicherlich nicht, höchstens für den, der auf dem Standpunkt des Brandstifters steht und die Feuerwehr für einen Luxus hält. (Sehr gut! im Zentrum.) Wir halten unsere Flotte für nötig und auch die neue Flottenvorlage. Die Flotte müssen wir ausbauen nach Maßgabe des Flottenprogramms von 1896. Bei der Flotte kann man nicht mit jährlichen Bewilligungen vorgehen, sondern muß nach einem bestimmten Plan arbeiten, der von den Schwankungen der Tagespolitik nicht beeinflußt wird. Das Pressebureau halte ich nicht für so unschuldig, wie der Staatssekretär es hinstellt. Freilich glaube ich auch nicht, daß eine Agitation für die Flottenvorlage von dort betrieben ist. Wir wünschen ein einheitliches Pressebureau, nicht Bureaus verschiedener Ressorts, die gegeneinander arbeiten. Mit den Einzelheiten der neuen Flottenvorlage sind wir einverstanden, sie scheinen auch das Richtige zu treffen. Nun zur Deckungsfrage. Gegen die Überweisung der Deckungsvorlage an eine geforderte Kommission haben wir die schwersten Bedenken. Wenn dort gar, wie bereits angedeutet, neue Deckungsvorschläge ausgearbeitet werden sollen, ist nicht daran zu denken, daß sie bis Pfingsten oder auch 14 Tage nach Pfingsten fertig wird. Die Militärvorlage aber können wir nicht verabschieden ohne die Deckungsvorlage, und wir müssen dann die Verantwortung dafür, daß die Wehrvorlagen in diesem Frühjahr nicht zustande kommen, den Parteien zuschieben, welche daran die Schuld tragen. Wir wünschen, daß die Vorlagen in der Budgetkommission beraten werden; dann werden sie noch rechtzeitig fertig werden. Erstaunt bin ich, daß Dr. Müller-Meiningen die Finanzentwickelung als Beweis für die Richtigkeit der Stellung der Volkspartei bei der Finanzreform ansieht. Die Volkspartei hat auch in der ersten Lesung gemeint, man könne mit 300 Millionen Mark auskommen, nachher war sie stets bereit, auf 500 zu gehen. Die großen Überschüsse, die sich herausgestellt haben, verdanken wir der günstigen wirtschaftlichen Entwickelung. Herrn Staatssekretär a. D. Wermuth begrüße ich gern als Spezialkollegen, als Schriftsteller. (Heiterkeit.) Aber von den Grundsätzen der Finanzreform von 1909 sind nicht wir abgegangen, sondern Herr Wermuth, der von vornherein die Einnahmen zu niedrig einschätzt, um zu hohen Überschüssen zu kommen. Nun habe ich gegen die neuen Deckungsvorschläge der Regierung zwar viele Vorwürfe, aber keinen Beweis für die Richtigkeit dieser Vorwürfe gehört. Für uns sind eine Reihe von Grundsätzen für die Etatsaufstellung maßgebend, von denen wir nicht abgehen. Wir halten fest an der 1909 beschlossenen gesetzlichen Schuldentilgung. Wir halten weiter fest an den Verbesserungen, die der Etat 1912 in Höhe von 82 Millionen bringt. Wir bewilligen keinen Pfennig Ausgaben aus künftigen Überschüssen, wir wollen die Einnahmen so vorsichtig wie möglich schätzen, und endlich wollen wir dem Volke nicht ohne Not neue Steuern auferlegen. Herr Wermuth hat sich mit seiner Einnahmeschätzung häufig recht erheblich geirrt, er kann also jetzt nicht als absolute Zahlenautorität hingestellt werden. Übrigens sind in der Budgetkommission vielfach Anregungen aus den Parteien genommen, die Einnahmen höher zu schätzen, als die Regierung vorschlug. Also diese Art des Vorgehens kann man jetzt nicht von vornherein als unsolide bezeichnen. Eigentümlich ist die Haltung der Linken zur Branntweinsteuer. Während man die Liebesgabe früher für ein Geschenk an die Großagrarier hielt, sagt man jetzt, ihre Aufhebung hat keinen Zweck, sie ist keine Konsumbelastung. (Sehr gut! und Heiterkeit im Zentr. und rechts. Zuruf links: Durchschnittsbrand!) Darüber kann man sich in der Kommission verständigen. Nun sagt man, warum bringt die Regierung nicht die Erbschaftssteuer? Ja ist denn jetzt eine Mehrheit dafür vorhanden? Die sozialdemokratische Fraktion hat ja 1909 mit 18 gegen 16 Stimmen beschlossen, gegen die Erbschaftssteuer zu stimmen. (Zuruf bei den Soz.: Agitationslüge!) Das hat Herr Emmel auf dem Parteitag 1909 selbst erzählt. (Zuruf bei den Soz.) Herr Frank hat dann nur gesagt, der Beschluß sei nicht definitiv gewesen. (Abg. David: Wir haben ja 1910 für die Erbschaftssteuer gestimmt.) Ja würden Sie denn jetzt für die Erbschaftssteuer stimmen, um die Ausgaben für Heer und Marine zu decken? Herr Emmel sagt, dann müßte erst die Zündholzsteuer aufgehoben werden, das beweist, daß eine Mehrheit für die Erbschaftssteuer als Deckung für die Wehrvorlagen nicht vorhanden ist. Die frühere ablehnende Haltung liberaler Politiker kann man doch nicht aus der Welt schaffen mit der verblüffenden Bemerkung Dr. Müller-Meiningens, er sei gescheiter geworden. (Heiterkeit im Zentrum.) Angesichts der über alle Erwartungen großen Überschüsse erkennen wir die Notwendigkeit neuer Steuern nicht an. (Zust. im Z.) Die neuen Wehrvorlagen belasten alle, namentlich aber die Landwirtschaft, und das gerade zur Saat- und Erntezeit, wo die Reservisten zu Übungen einberufen werden. Dann habe ich noch die Bitte an den Kriegsminister, die auf ethisch-religiösem Gebiet liegt. Die Kabinettsordre in dem Falle Sembath sagt im Grunde: Wenn Du aus religiösen Gründen Dich nicht duellierst, bist Du nicht mehr würdig, dem Offizierkorps anzugehören. Das ist ein Schlag ins Gesicht für das katholische Volk. Hier muß unbedingt Remedur geschaffen werden.

Kriegsminister von Heeringen: Die von dem Abg. Erzberger angezogene Kabinettsordre sagt ausdrücklich, daß eine ehrengerichtliche Untersuchung nicht am Platze ist, wenn jemand aus religiösen Gründen das Duell ablehnt; in diesem Falle handelt es sich nicht um würdig oder nicht würdig, sondern ein Herr, der diese Gesinnung hat, paßt nicht mehr in die Verhältnisse unseres Offizierskorps. (Stürmische Entrüstungsrufe im Zentrum und links! Unglaublich! Unerhört!)

Dr. Paasche (NL.): Die Aufnahme der Worte des Kriegsministers haben Ihnen wohl gezeigt, wie wenig er dem Empfinden der großen Masse des deutschen Volkes entspricht. (Lebh. Sehr richtig! und Bravo! l. Zentr. u. links.) Diese wichtige Frage kann aber nicht in so später Stunde nebenher erledigt werden, sie wird bei anderer Gelegenheit ausführlich behandelt werden müssen. (Sehr richtig!) Der Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen des Abg. Erzberger, daß das Zentrum von den bei der Finanzreform aufgestellten Grundsätzen nicht abweiche. Bei der Abschaffung der Liebesgabe kommt es auf die Art an. Würde die Erbschaftssteuer jetzt vorgelegt, so wäre die Mehrheit für die Wehrvorlagen viel größer; jetzt wird die Lasten wieder die große Masse tragen. Wir haben keinen Anlaß, die Erbschaftssteuer jetzt vorzuschlagen; so waren die gestrigen Worte meines Freundes Bassermann nicht aufzufassen. Die Wehrvorlage wird dem Auslande hoffentlich beweisen, daß das deutsche Volk sich von seinen großen Zielen nicht abbringen läßt. (Bravo! b. d. Natl.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. (Außerdem Beantwortung der Nationalliberalen Jesuiten-Interpellation und Reichseisenbahnetat.)

Schluß 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände fand in Berlin statt. Sie verhandelte an erster Stelle über den von der Studienkommission zur Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungskasse „Volksfürsorge" ausgearbeiteten Gesellschaftsvertrag und die Versicherungsbedingungen, die die Zustimmung der Konferenz fanden. Danach wurden die gewerkschaftlichen Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates gewählt. Für den Vorstand wurden die Genossen Paeplow und Wentker, für den Aufsichtsrat die Genossen Bauer, Leipart, Schlicke und Ebert, als Ersatzmänner Eisler und R. Schmidt bestimmt.

Von den der Vorständekonferenz durch den Dresdener Gewerkschaftskongreß überwiesenen Anträgen waren von besonderer Bedeutung diejenigen der Bildhauer und Metallarbeiter betr. Streikunterstützung, von denen der erstere die Errichtung einer Widerstandskasse mit regelmäßigen Beiträgen unter Verwaltung der Generalkommission, der letztere bei Streiks und Aussperrungen die Erhebung entsprechender Beiträge nach Mitgliederzahl der Gewerkschaften verlangt. Nach längerer Beratung entschied sich die Konferenz für die Erhebung von Beiträgen im Umlagewege und beauftragte die Generalkommission mit der Ausarbeitung geeigneter Durchführungsvorschläge.

Hinsichtlich der Unterstützung der Tabakarbeiter, bei welcher neben den allgemeinen Sammlungen sowohl freiwillige Beiträge der Gewerkschaftskassen, als auch feste Umlagen erhoben worden waren, wurde eine Regelung dahingehend beschlossen, daß jeder Verband einschließlich der geleisteten freiwilligen Beiträge aus der Hauptkasse pro Mitglied 20 Pfg. abzuführen habe. Der über die Ausgaben hinaus verbleibende Mehrbetrag wurde den Tabakarbeitern überwiesen.

Bei der Frage der Berichterstattung über gewerkschaftliche Verbandstage durch das Pressebureau erklärte sich die Konferenz zustimmend und beauftragte die Generalkommission, mit dem Beirat des Pressebureaus über die Einführung dieser Berichterstattung weiter zu verhandeln. Der Versuch, eine Regelung der Diätenanrechnung der im Besitz von Reichstags- oder Landtagsmandaten befindlichen besoldeten Gewerkschaftsangestellten zu schaffen, scheiterte an der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und Auffassungen in dieser Frage.

Die weiteren Beratungsgegenstände waren interner Natur.

Lohnbewegungen im Bäckergewerbe. Die Bäcker haben in einer Reihe von Städten Forderungen eingereicht, so in Wiesbaden, Halle a. S., Offenbach, Frankenthal und Solingen. In Chemnitz und Leipzig wird in den nächsten Tagen die Einreichung der Forderungen an die Unternehmerorganisation erfolgen. Verlangt wird die vollständige Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Meister, die Bargeldentlohnung und eine Verkürzung der Arbeitszeit. Nach der Stimmung in Unternehmerkreisen ist es sehr zweifelhaft, daß die Bewegungen in friedlicher Weise zum Abschluß gebracht werden können. Die Scharfmacher spielen heute noch im Gewerbe die erste Geige und versuchen alles, um das Zustandekommen von korporativen Arbeitsverträgen zu vereiteln. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß auch in diesem Jahre recht erbitterte Kämpfe im Bäckergewerbe ausgefochten werden müssen. Die Leidtragenden werden in erster Linie diejenigen Bäckermeister sein, die in den Arbeitervierteln ihr Geschäft haben und vornehmlich von der Arbeiterkundschaft abhängig sind. Leider muß immer wieder die Beobachtung gemacht werden, daß diese kapitalsschwachen Kleinmeister nicht den Mut besitzen, in den Innungsversammlungen den Scharfmachern entgegenzutreten. In Straubing und Lübeck ist die Bewegung durch die Annahme eines Tarifes zum Abschluß gekommen. Dagegen hat eine Unternehmerversammlung in Rüstringen die von der Arbeiter- und Unternehmerkommission getroffenen Vereinbarungen abgelehnt. Zuzug nach den genannten Städten, wo die Lohnbewegungen noch im Gange sind, ist strengstens fernzuhalten.

Streik im Wurzener Pflastersteingebiet. Die Pflastersteinarbeiter von Wurzen, Röcknitz, Hohburg, Lüptitz und Collmen haben vor einigen Wochen eine Tarifvorlage eingereicht. Es werden nur unwesentliche Lohnerhöhungen verlangt. Die Firmen Busse, Zachmann und die Röcknitzer A.-G. lehnten jedes Entgegenkommen ab. In drei starkbesuchten Versammlungen nahmen nun die Arbeiter zu dem brüsken Verhalten der Unternehmer Stellung. Es wurde mit überaus großer Mehrheit der Streik beschlossen, an dem nun 580 Steinarbeiter beteiligt sind. Die Unternehmer rechneten auf eine Spaltung der Arbeiter, besonders bauten sie darauf, daß die Hilfsarbeiter stehen bleiben würden. Diese Kalkulation war aber falsch, denn die Hilfsarbeiter schlossen sich am Montag einmütig dem Streik an. In den genannten Orten werden in der Woche etwa 600 Eisenbahnwaggons Steine verfrachtet; daraus geht hervor, welche Bedeutung die Wurzener Pflasterstein-Industrie hat. Es ist skandalös, daß die schwerreichen Firmen, die nur für städtische und staatliche Baubehörden liefern, die Arbeiter, die einen überaus gefahrvollen Beruf haben, so nichtssagend behandeln. Wie verlautet, versuchen die Firmen Arbeitswillige im Auslande anzuwerben. Das hat aber praktisch keine Bedeutung, weil in den Wurzener Steinbrüchen die Lagerung der Steine in geologischer Beziehung eigenartig gestaltet ist, sodaß der Unkundige sich schlecht zurechtfindet. Für die Steinarbeiter in Schlesien, dem Fichtelgebirge und den übrigen mitteldeutschen Steinbruchsbezirken hat der Streik insofern eine große Bedeutung, weil die Wurzener Unternehmer mit sehr gedrückten Preisen ihre Angebote machen.

Christliche Gewerkschaftsversammlungen gegen die Leitung des Gewerkvereins der Bergarbeiter. Das Gewerkschaftskartell der christlichen Gewerkschaften für Dortmund-Hörde hatte für den 21. April eine Anzahl Versammlungen für das Dortmunder Landgebiet einberufen. In den Versammlungen sollte die Tagesordnung: „Der Streik im Ruhrrevier", „Welche Lehren ergeben sich für die christlich-nationale Arbeiter- und Bürgerschaft daraus", besprochen werden. In Berghofen kam es zu einer interessanten Diskussion zwischen den Referenten der christlichen Gewerkschaften, Schlabach und Hirtsiefer und dem Genossen Löffler vom Bergarbeiterverband. Gegen zwei Stimmen wurde nachfolgende Resolution angenommen: „Die am 21. April 1912 in Berghofen stattfindende, vom christlichen Gewerkschaftskartell für Dortmund-Hörde einberufene, von 300 Bergarbeitern und Bürgern besuchte Versammlung verurteilt das Verhalten der Gewerkvereinsleitung entschieden und bezeichnet es als einen Verrat an den Arbeiterinteressen. Die Versammlung fordert alle christlich organisierten Arbeiter auf, aus den christlichen Organisationen auszutreten und sich den freien Gewerkschaften anzuschließen." — In Sprockhövel wurde eine von den christlichen Gewerkschaften einberufene Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den Bergarbeiterverband geschlossen, während die „christlichen" Referenten fluchtartig das Feld räumten.

Generalstreik der Schneider in Schweden. Aus Schweden wird telegraphiert: Die Lohnbewegung der Schneider hat sich auf das ganze Land ausgedehnt. Um Fernhaltung des Zuzugs von Schneidern wird gebeten.

Zum Untergang der „Titanic".

Kapitän Harkort vom Norddeutschen Lloyddampfer „Frankfurt", der gestern auf der Weser eingetroffen ist, berichtet über seine Maßnahmen, die er mit Rücksicht auf die Notlage der „Titanic" getroffen habe, an die Direktion des Norddeutschen Lloyd wie folgt: Am 14. April um Mitternacht befanden wir uns auf 39 Grad 47 Min. nördlicher Breite und 42 Grad 23 Min. westlicher Länge. Um 12 Uhr 10 Min. morgens bat der Dampfer „Titanic" durch drahtlosen Telegraphen uns um Angabe unseres Schiffsortes, den wir ihm sofort mitteilten. Als Antwort hierauf erhielten wir von der „Titanic" die Mitteilung, daß er sich auf 41 Grad 54 Min. Nordbreite und 50 Grad 24 Min. Westbreite befinde, daß er im Eis festsitze und dringend Hilfe nötig habe. Die Entfernung des Dampfers „Frankfurt" bis zur Unfallstelle betrug 140 Seemeilen. Ich teilte der „Titanic" mit, daß der Dampfer „Frankfurt" erst um 11 Uhr vormittags dort sein könne und fuhr sofort nach der Unfallstelle. Um 12 Uhr 15 Minuten morgens kam von der „Titanic" das Seenotzeichen S. O. S. Um 1 Uhr 5 Min. vormittags teilte die „Titanic" mit, daß ihre Passagiere in die Boote gingen. Um 1 Uhr 15 Min. war der Verkehr mit der „Titanic" abgebrochen. Ich nahm an, daß das Schiff dann schon gesunken war. Am 15. April um 10 Uhr 50 Min. vormittags hatte ich die Unfallstelle erreicht. Wir sahen drei große Eisberge und 17 kleine Eisberge sowie große Eisfelder von 10 bis 30 Seemeilen Ausdehnung. Den größten Eisberg schätzte ich auf 40 Meter Höhe und 300 Meter Länge. Wir kreuzten zwischen den Eisbergen und hielten Ausschau nach den Verunglückten auf der Unfallstelle, an der noch drei andere Dampfer sich aufhielten. Der russische Dampfer „Birma" sowie die englischen Dampfer „Virginian" und „Carpathia" suchten ebenfalls die Unfallstelle ab. Leider war unser Suchen vergeblich. Die „Carpathia" teilte uns mit, daß sie 22 Boote aufgenommen habe und nur noch zwei fehlten. Da das weitere Suchen vergeblich erschien und ich aus dem Labyrinth von Eis heraus wollte, setzte ich um 12 Uhr mittags die Reise fort.

Nach einem Privattelegramm aus Neuyork wird zu der Frage, ob eine Haftpflicht der White Star Line für die Folgen der „Titanic"-Katastrophe besteht, darauf hingewiesen, daß Ismay vor dem Senatskomitee selbst zugegeben hat, der Kapitän habe am Sonntag nachmittag ein Radiogramm der „Baltic", in dem vor zwei Eisbergen gewarnt wurde, überreicht, das Ismay in die Tasche steckte. Kapitän Smith habe abends Ismays Aufmerksamkeit nochmals auf das Radiogramm gelenkt, wahrscheinlich um ihn zu veranlassen, eine Verringerung der Schnelligkeit anzuordnen. Für die Frage der Haftpflicht ist ferner zu berücksichtigen, daß Ismay selbst bezeugte, er habe mit dem Kapitän ausgemacht, der Dampfer solle Mittwoch früh 5 Uhr in Neuyork ankommen.

Der Kapitän der „Californian" erklärte, daß sein Dampfer weniger als 20 Meilen von der „Titanic" entfernt gewesen sei, als diese sank. Wenn er von dem

Unglück gewußt hätte, hätten alle Passagiere gerettet werden können. Er stellt in Abrede, daß der Dampfer „Californian“ derjenige gewesen sei, der innerhalb 5 Meilen an der „Titanic“ vorübergefahren sei, ohne die Notsignale zu beachten. Um 10 Uhr 30 Minuten abends gelangte die „Californian“ in ein ungeheures Eisfeld und ließ sofort die Maschine stoppen. Erst bei Tagesanbruch fuhr sie weiter. Da der Apparat der drahtlosen Telegraphie nicht in Tätigkeit war, erfuhr die „Californian“ von dem Unfall der „Titanic“ erst am Morgen durch die „Virginian“, worauf sie nach der Unglücksstelle fuhr.

In recht trauriger Gemütsstimmung haben die Überlebenden von der Mannschaft der „Titanic“ am Sonntag auf dem Dampfer „Lapland“ die Heimreise angetreten. Trotz aller Bemühungen der White Star Line, die unter jeden Umständen eine Berührung der geretteten Mannschaft mit dem Publikum oder anderen Seeleuten verhindern wollte, haben doch einige der Geretteten die von der Gesellschaft verhängte Sperre gebrochen und dem Neuyorker Seemannsheim einen Besuch abgestattet. Die Gesamtheit der Geretteten wurde unter Bewachung sofort von der „Carpathia“ an Bord der „Lapland“ geführt und erhielt strengen Befehl, das Land nicht zu betreten, sowie keine Besuche zu empfangen. (!) Die wenigen, die sich trotzdem eine Gelegenheit verschafften, ans Land zu gehen, erzählten nun, da sie sich von der Aufsicht ihrer Vorgesetzten frei wußten, sehr merkwürdige Tatsachen. Die Erbitterung der Mannschaft gegen die White Star Line ist außerordentlich groß. Wenn die Neuyorker Seemannsgenossenschaft den Geretteten nicht umsonst Schuhe geliefert hätte, wären die meisten barfuß nach England heimgekehrt. Die White Star Line hat der geretteten Mannschaft erklärt, daß der Anspruch auf Löhnung mit dem Augenblick erloschen sei, in dem die „Titanic“ untergegangen ist. (Ein solches Vorgehen ist direkt gemein. Red.) Die Löhnung würde nur bis zu dieser Stunde ausgezahlt werden; eine weitere Verpflichtung, ja sogar die Weiterzahlung des Lohnes hat die White Star Line abgelehnt. Einer der Geretteten erklärte im Neuyorker Seemannsheim verbittert: „Es tut mir fast leid, daß ich nicht mit untergegangen bin. Dann hätte die Gesellschaft wenigstens für mein Kind und meine Frau gesorgt, jetzt aber erhalten sie garnichts. Ich komme sozusagen stellenlos nach Hause und habe nur ein paar Schilling in der Tasche. Wie die meisten meiner Kameraden habe ich meine Jacke den Frauen gegeben, die mit mir im Rettungsboot waren; nun muß ich mir eine neue Jacke kaufen und erhalte in England nur die paar Schilling Lohn bis zum Augenblick der Katastrophe. Die Schiffahrtsgesellschaft macht sich keine Sorge darum, ob ich und meine Familie etwas anzuziehen haben.“

Aus dieser Schilderung geht wiederum einmal hervor, wie die Gesellschaften mit der Mannschaft umspringen. Wie telegraphierte doch der Reeder Schiff? „Mannschaft leider gerettet!“

Aus dem Gerichtssaal.

Schutz vor Schutzleuten. Der Schutzmann Richard Staub, der den Feldzug in China mitgemacht und 1907 bei der Aachener Schutzmannschaft eingetreten war, hatte sich wegen einer rohen Tat vor der Strafkammer in Aachen zu verantworten. Im Dezember verbüßten zwei Fortbildungsschüler wegen unentschuldigten Ausbleibens aus der Schule mehrere Tage Gefängnishaft. (!) Als der eine Schüler früher als der andere aus der Haft entlassen werden sollte, geriet der letztere in große Erregung und erklärte seinem Genossen, daß er sich an seinem Leibriemen erhängen wollte. Sein Genosse, der dies verhüten wollte, entriß ihm den Riemen. Durch das Geräusch veranlaßt, betrat Staub, der gerade Gefängnisdienst hatte, die Zelle und schlug mit dem Riemen auf den lebensmüden Schüler derartig ein, daß er blutige Striemen am Kopfe und auf dem Rücken erhielt. Nicht genug damit, schleppte der Schutzmann den Knaben aus der Zelle und schlug ihn mit dem Kopf gegen die Tür. Am folgenden Tage mußte der Schüler aus der Haft zum Krankenhause gebracht werden, wo er vierzehn Tage verblieb. Die Strafkammer sah den Fall sehr milde an und erkannte nur auf 60 Mark Geldstrafe; der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Kadavergehorsam bis ins Lazarett. Der Soldat Wilms vom Grenadierregiment Nr. 101 war im Dezember vor. Js. im Dresdener Garnisonlazarett untergebracht. Hier soll er dadurch gegen die Lazarettbestimmungen verstoßen haben, daß er eines Sonntags, an dem er keinen Besuch empfangen durfte, mit seinem Bruder auf dem Korridor ein paar Worte wechselte. Vom Sanitätsunteroffizier deshalb zur Rede gestellt, hat er geäußert: „Ich kann doch vor meinem Bruder nicht ausreißen!“ W. soll dann eine unmilitärische Haltung eingenommen haben. Der leicht erregbare und an einer Nervenkrankheit leidende Mann wurde wegen dieses Vorfalls vom Standgericht zu der harten Strafe von 21 Tagen strengem Arrest verurteilt. Das Dresdener Kriegsgericht bestätigte die Strafe. Vom Gericht sei schon berücksichtigt worden, daß zur fraglichen Zeit eine Beeinträchtigung der Willensfreiheit vorgelegen habe.

Verurteilung eines Priesters zu 30 Jahren Zuchthaus. Das Schwurgericht in Reggio di Calabria verurteilte den Priester Naso von San Ferdinando zu dreißig Jahren Zuchthaus wegen Doppelmordes. Naso, der als Vikar seiner Parochie auf den ihm bei der Anstellung vorgezogenen Pfarrer Don Albanese neidisch war, vergiftete den Pfarrer sowie den Küster durch Sublimat, das er in den Meßkelch geschüttet hatte. Sowohl der Pfarrer, der beim Meßopfer von diesem Wein trank, als auch der Küster, der auf Veranlassung des Pfarrers davon trank, starben unter furchtbaren Qualen.

Aus Nah und Fern.

Soldatenselbstmorde und kein Ende. In Hohensalza hat sich ein Musketier des dortigen Infanterieregiments mit seinem Dienstgewehr erschossen. Wie es heißt, hatte sich der Soldat krank gemeldet, wurde aber in das Lazarett nicht aufgenommen.

Zwei Bergleute verschüttet. Auf der Zeche Brassert bei Recklinghausen wurden durch herabstürzende Kohlen und Gesteinsmassen zwei Bergleute verschüttet: beide sind tot.

Zentrumsagitation in der Kirche. Es ist zwar etwas sehr altes, daß der gesamte Klerus sich in den Dienst der Zentrumsorganisationen stellt. Aber da gerade von Zentrumsseite immer wieder bestritten wird, daß die Kleriker ihr Amt zu politischen Geschäften mißbrauchen, ist es gut, wenn von Zeit zu Zeit Tatsachen mitgeteilt werden, die die agitatorische Tätigkeit der Geistlichen unanfechtbar erweisen. In Weiden in der Oberpfalz (Bayern) wurde am letzten Sonntag den Kirchgängerinnen an der Kirchentür der folgende Zettel ausgehändigt: „Katholischer Arbeiterinnenverein Weiden. Ich melde mich zum Eintritt in den katholischen Arbeiterinnenverein zu Weiden. . . . . . Name. . . . . . Wohnung. Dieser Zettel ist auf dem Altar der Heiligen Familie (an der Sakristei) niederzulegen.“ — Die Weidener katholischen Frauen werden bei einer in dieser offiziellen Form vorgenommenen Agitation natürlich nicht zögern, ihre Mitgliedschaft bei dem katholischen Arbeiterinnenverein auf dem Altar der Heiligen Familie niederzulegen.

Was der Herr Landgerichtsdirektor nicht versteht. An einer der neugebildeten Strafkammern des Landgerichts Bochum präsidiert der gestrenge Landgerichtsdirektor Heuser. Vor dieser Kammer spielte sich nun dieser Tage ein Vorgang ab, der mit erschreckender Deutlichkeit die weltfremde Verständnislosigkeit mancher Richter offenbart. Solidarität — Koalition, zwei Begriffe, auf die die gesamte Arbeiterbewegung aufgebaut ist — sind dem Landgerichtsdirektor Heuser fremd. Auf der Anklagebank steht ein Streiksünder. Vors.: Warum haben Sie gestreikt? Angekl.: Weil es Parole war. Vors. (erregt, mit scharfer Betonung): Was ist das für eine Art; die Menschen haben doch entgegen dem Tiere ihren eigenen freien Willen. Angekl.: Jeder kann doch machen, was ihm beliebt. Vors.: Das ist was anderes; aber der Parole folgen, das verstehe ich nicht. Darf man sich da noch über Streikjustiz wundern?

Die prämiierten Streikbrecher. Die Arbeitswilligen erhalten jetzt auf den Zechen die Prämien für ihre Judastat ausbezahlt. Darob werden sie anscheinend närrisch und wissen sich vor Freude und Übermut nicht zu fassen. Auf „Kaiserstuhl“ balgten sie sich wie die Hunde auf den Straßen herum. Vor dem Zechentor lief einer auf und ab, klopfte sich an die Brust und rief immerzu: „Ich bin ein Streikbrecher!“ Schließlich mußte die Zechenpolizei mit blanker Waffe dem Skandal ein Ende machen. Zwei Arbeitswillige, die ihre Prämien in der Tasche hatten, drangen in die Wohnung eines älteren Kameraden, fuchtelten mit dem Revolver herum und belästigten die Frau des Kameraden. Gegen diese arbeitswilligen „Ordnungsbrüder“ ist Strafanzeige erstattet worden.

Mord. In Godesberg erschoß ein 18jähriger Uhrmachergehilfe seinen 26jährigen Kollegen, in der Annahme, daß dieser die Schuld an seiner Kündigung trug, die der Täter morgens erhalten hatte.

Heftige Stürme auf dem Schwarzen Meer. An verschiedenen Punkten der Küste des Schwarzen Meeres wurden durch Stürme große Verwüstungen angerichtet, besonders in Odessa, Eupatoria, Theodosia und Kertsch. In Theodosia wurde der italienische Dampfer „Cavour“ stark beschädigt.

Neue Bluttat französischer sogenannter Anarchisten. In Petit Ivry sind die höheren Polizeibeamten Jouin und Colmar von sogen. Anarchisten überfallen worden. Der Überfall hat bei Gelegenheit einer Haussuchung stattgefunden, die gestern früh 8 Uhr bei den Gebrüdern Gauzy vorgenommen wurde, die ein Modegeschäft in Ivry besitzen. Jouin war überzeugt, daß die Gebrüder Gauzy in Verbindung ständen mit den Automobil-Banditen aus der Rue Orderer. Die Gebrüder Gauzy, die zuerst verhaftet wurden, leugneten, als ihnen eine Photographie Bonnots vorgelegt wurde, diesen zu kennen. Jouin und Colmar stiegen nun, indessen die Gebrüder Gauzy von Polizei-Inspektoren bewacht wurden, in die erste Etage hinauf und öffneten die Tür, hinter der sich Bonnot verborgen hielt. Bonnot gab einen Schuß ab, ohne jemanden zu treffen. Jouin war begleitet von den Polizeibeamten Colmar und Robert, die nicht bewaffnet waren. Alle drei stürzten sich auf Bonnot und fielen mit ihm zu Boden, doch gelang es Bonnot, sich freizumachen und mehrere Revolverschüsse abzugeben, von denen einer Jouin in den Kopf, ein anderer Colmar in die Herzgegend traf. Jouin war sofort tot. Colmar sagte zu Robert, er glaube, er sei tödlich verletzt. Bonnot stellte sich tot, während Robert dem schwerverletzten Beamten zu Hilfe kam. Als Bonnot sah, daß die Beamten die Treppe hinabstiegen, entfloh er mit dem Revolver in der Hand aus dem Zimmer und trat in ein benachbartes Gemach ein. Dort bedrohte er die im Zimmer befindliche Frau mit dem Tode, wenn sie einen Laut von sich gebe, worauf die Frau ihn passieren ließ. Dann öffnete der Verbrecher das Fenster, sprang von der ersten Etage auf den Boden, überkletterte eine Mauer und entfloh durch die benachbarten Gärten. Man glaubt, die Spuren des Banditen wieder auffinden zu können, da er Blutspuren auf dem Wege hinterließ. Als um Mittag Gendarmen den verhafteten Gauzy fortführen wollten, stürzte sich die Menge auf den Verhafteten und versuchte ihn zu lynchen. Die Gendarmen hatten Mühe, ihn zu schützen, bis er zur Gendarmerie gebracht wurde. Der Beamte Colmar wurde ins Hospital gebracht, wo die ihm in die Brust gedrungenen Kugeln herausgezogen wurden. Man hat die Hoffnung, ihn zu retten, noch nicht aufgegeben. Außer Gauzy wurde im Hause Gauzys auch ein anderer Anarchist namens Cardi festgenommen, den man ursprünglich für den Bruder Gauzys hielt. Ferner wurde ein Mann namens Colin verhaftet, der in der Behausung Cardis in Alfort-Ville aufgefunden wurde. Endlich wurde in Paris ein gewisser Simenstoff festgenommen, dessen wahrer Name Monnier zu sein scheint. Diese „Anarchisten“ sollen mit der Bande Bonnots in Verbindung stehen.

Ein Gegenstück zu Osterode. Beim 8. Infanterieregiment in Brünn (Österreich) mehren sich die Soldatenselbstmorde, die dann natürlich alle aus — unglücklicher Liebe geschehen sein sollen. Der Infanterist Dolinsky schrieb vor seinem Selbstmorde folgenden Brief nach Hause:

„Brünn, 15. April.

Liebe Mutter!

Ich grüße alle herzlichst. Schreiben Sie mir nicht mehr retour, denn ich glaube, ich werde nicht mehr in Brünn sein. Ich habe einen entsetzlichen Entschluß gehabt; wollte nämlich unseren Oberleutnant erschießen, dies jedoch nicht ausgeführt, da ich mich später an Euch erinnert habe und an die Schande. Darum habe ich mich entschlossen, mich selbst von der Welt zu entfernen. Nichts für ungut. Zugleich bedanke ich mich für alles, was Sie mir gemacht haben. Dieses gilt auch für die anderen.

Mit einem letzten Gruß an alle

Ihr Sohn Josef.

Mein Entschluß ist fest, denn ich will nicht nachdienen oder in Möllersdorf (der Militärstrafanstalt) enden. Die Sekkierei ist entsetzlich!“

Dieser Oberleutnant heißt — Gutmensch!

Ein vernünftiger Streik. Aus Southampton wird gemeldet: Die Heizer der „Olympic“ haben die Arbeit niedergelegt. Sie weigern sich, in See zu gehen, weil sie über die ungenügende Ausrüstung des Dampfers mit zusammenlegbaren Rettungsbooten unzufrieden sind. — Über den Ausstand wird ferner gemeldet: Als heute das Schwesterschiff der „Titanic“, die „Olympic“, mit 1400 Passagieren von Southampton nach Neuyork abdampfen wollte, weigerten sich, nachdem schon das Abfahrtszeichen gegeben war, etwa 300 Mann der Besatzung, meistens Heizer, zu fahren, da das Schiff nicht ausreichend mit Rettungsbooten versehen sei. Obwohl mehrere Direktoren $1\frac{1}{2}$ Stunden auf die Leute einredeten, waren sie nicht umzustimmen. (Sehr richtig! Red.) Zwar setzte sich das Schiff endlich in Bewegung, aber die Fahrunlustigen wurden in Cowes ausgeschifft. Die „Olympic“ liegt nun auf der Rhede von Cowes vor Anker, bis sie die Besatzung ergänzt hat.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Gestern mittag 12 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine innigst geliebte Mutter im Alter von 53 Jahren.

Tief betrauert und schmerzlich vermißt von ihrem einzigsten Sohne und Verwandten.

Schwartau, den 25. April 1912.

Fritz Böttger.

Die Beerdigung findet am 27. April, nachmittags $1\frac{1}{2}$ Uhr, vom Sterbehause, Auguststraße 12, statt.

Zu vermieten sofort oder später
Zwei-Zimmer-Wohnung
150 Mk. Näh. Kottwitzstr. 40, p. h.

Guterhalt. **Herrenrad** spottbillig zu verkaufen. Ludwigstraße 34, II.

Freitag und Sonnabend ein gr. Posten **Ferkel** äußerst billig zu verkaufen.
Gasthof „Zur Linde“, Schlutup.

Große Ferkel, 30 Stück zu verkaufen. **H. Lange, Mori.**

Ein 2spänn. Fuder Dung abzugeben.
M. Lahrtz, Karlstraße 1.

Gartenbau empf. in jeder Preislage **Rosen,** **Obst- u. Zierbäume, Sträucher, Lauben- u. Deckpflanzen, Lebensbäume, Jahresblumen, Goldlack usw.**
Sämereien in best. Qualität. Gartenbaubetrieb
C. Zahrdantz, Moisl. Allee 49.

Johannes Kloth
Stockelsdorf.
Kartoffelland zu verpachten. Fettland.

Zum Pflanzen besonders schöne frühe **Rosenkartoffeln,** Eierkartoffeln, Magnum bonum.
Hermann Block, Moisl. Allee 14. Fernruf 1287.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.
Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. **1.40** Mk.

Eimerbier
jeden
Dienstag nachmittag v. 5—9 Uhr,
Mittwoch vormittag v. 6—9 Uhr,
Freitag nachmittag v. 5—9 Uhr,
Sonnabend vormittag v. 6—9 Uhr.
H. Bade, Hüxstr. 128.

Goldene und silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Ägidienstr. 35.

Geschäftsverlegung.

Einem geehrten Publikum Lübecks die ergebene Anzeige, daß ich meine
Schuh-Reparatur-Werkstatt
von **Fischergrube 34** nach meinem Hause
Auguststraße 8a
verlegt habe, und bitte um ferneres Wohlwollen.
Hochachtungsvoll
A. Stapelfeldt.

II. Sorte frische Meierei-Butter per Pfund **1.30** Mk.
Frische Bauern-Butter per Pfund **1.20** Mk.
empfiehlt
Th. Storm Nachf.
Königstraße 98. Fernsprecher 473.

Pflanz- und Eßkartoffeln, frühe Paulsen Juli 100 Pfd. 6 M., 10 Pfd. 70 ₰, Rosen 100 Pfd. 4 M., 10 Pfd. 50 ₰. Marke Up to date 100 Pfd. 4 M., 10 Pfd. 50 ₰. gelbe Lauenb. Eierkart. 100 Pfd. 6 M., 10 Pfd. 70 ₰, gute Magn. bon. 100 Pfd. 4.75 M., 10 Pfd. 55 ₰, empfiehlt
C. Prestin, Fleischhauerstraße 60.

Fischhandlung Heinrichstr. 38
empfiehlt
Abfall- und Krümel-Lachs, Aale, Krabben, Sprotten, Heringe, Käse usw. usw.
Ernst Lütgens.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen	**2.20**—6.45
Maurerhosen	**2.60**—6.75
Schlosserhosen	**1.88**—5.25
Überziehhosen	**1.08**—2.35
Zwirn-Hosen	**1.68**—3.25

leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecam.**

Garantiert rein
Deutsche Honigarten
in Zusammenstellung mit :::: Raffinade. ::::
Marke
„DEHAZET“
erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.